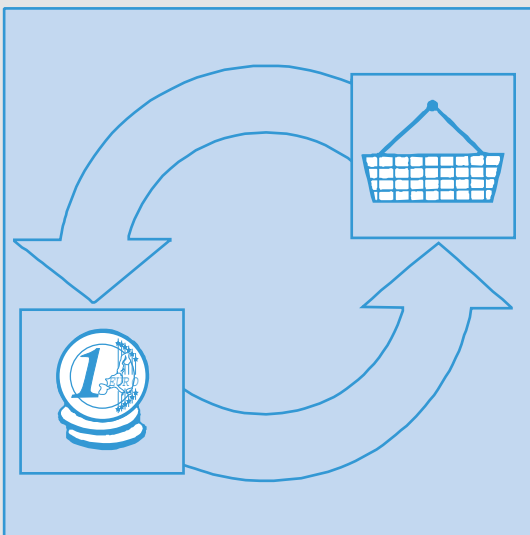


BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2006 FÜR DEUTSCHLAND

Informationsmaterialien zur Pressekonferenz
am 11. Januar 2007 in Frankfurt/Main



BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2006 FÜR DEUTSCHLAND

Informationsmaterialien zur Pressekonferenz
am 11. Januar 2007 in Frankfurt/Main

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt — Pressestelle, Wiesbaden



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte an:

Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Telefon: 06 11 / 75 - 26 26

Telefax: 06 11 / 75 - 39 52

E-Mail: bip-info@destatis.de

oder an die Pressestelle:

Telefon 06 11 / 75 - 34 44

Telefax 06 11 / 75 - 39 76

E-Mail: presse@destatis.de

Grundlage der vorliegenden Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 11. Januar 2007 in Frankfurt/Main veröffentlichten Daten.



Ein kostenfreier Download der Broschüre im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation sind in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Thema „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ finden Sie auch auf der gleichnamigen Themenseite der Homepage des Statistischen Bundesamtes.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 - 34 44
- Telefax: 06 11 / 75 - 39 76
- E-Mail: presse@destatis.de

Erschienen im Januar 2007.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

A Schaubilder und Tabellen

Inhalt

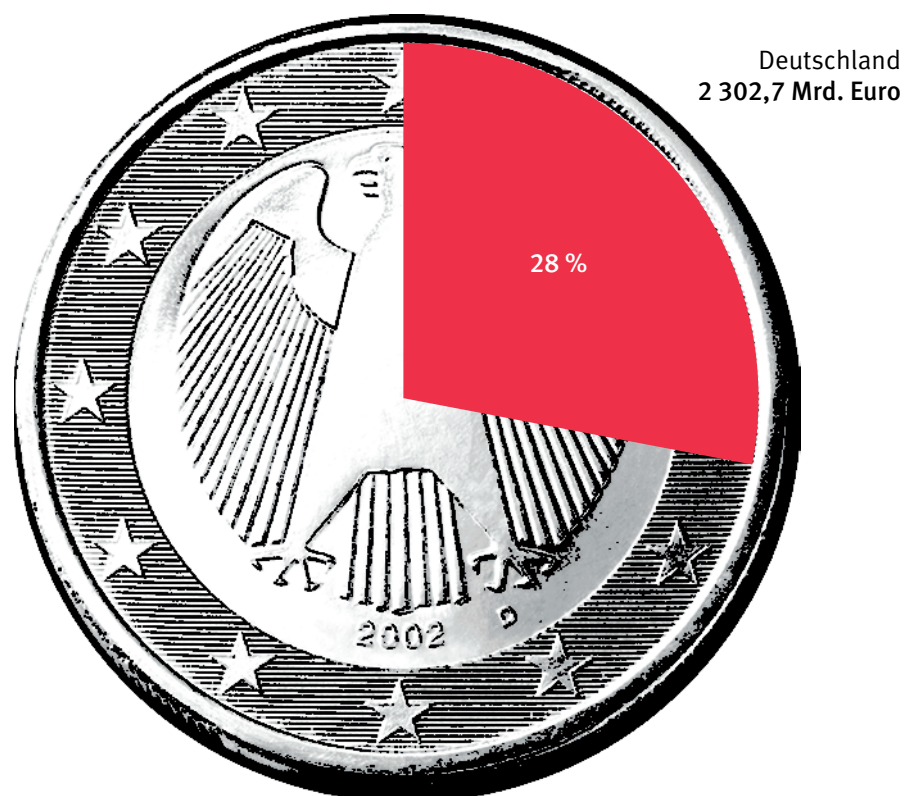
Schaubild 1:	Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2006	4
Tabelle 1:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2006 in jeweiligen Preisen	5
Schaubild 2:	Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1950 bis 2006	6
Schaubild 3:	Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 2006	7
Schaubild 4:	Konjunkturzyklen in Deutschland von 1992 bis 2006 (Wachstum, Preisanstieg, Erwerbstätigkeit)	8
Schaubild 5:	Entstehung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2006 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	9
Schaubild 6:	Wirtschaftsstruktur in Deutschland 1991 und 2006 Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt in %	10
Schaubild 7:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2006	11
Schaubild 8:	Verwendungsstruktur des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2006	12
Schaubild 9:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland von 1992 bis 2006	13
Schaubild 10:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland von 1992 bis 2006	14
Schaubild 11:	Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2006	15
Schaubild 12:	Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2006	16
Schaubild 13:	Verdienst in Deutschland von 1992 bis 2006	17
Schaubild 14:	Konsum und Sparen in Deutschland von 1992 bis 2006	18
Schaubild 15:	Finanzierungssaldo des Staates für Deutschland von 1991 bis 2006	19
Tabelle 2:	Finanzierungssaldo des Staates für Deutschland von 1991 bis 2006.....	20
Schaubild 16:	Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2006 und Durchschnitt 2002 bis 2006 (Länder der Eurozone, Japan und USA)	21
Schaubild 17:	Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2006 und Durchschnitt 2002 bis 2006 (Eurozone – EU25)	22
Schaubild 18:	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich 2005 und 2006 (Länder der Eurozone, Japan und USA)	23
Schaubild 19:	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich 2005 und 2006 (Eurozone – EU25, Rumänien und Bulgarien).....	24

B Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1	Außenbeitrag	25
2	Arbeitsmarkt	26
3	Einnahmen und Ausgaben des Staates	28
4	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft.....	29
5	Vergleichbare lange Zeitreihen ab 1970	31
6	Vorjahrespreise und Verkettung	32
7	FISIM	34
8	Qualität in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	35

Schaubild 1

**Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts
am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2006¹⁾**



1) Prognose der EU-Kommission/eigene Berechnung (Schätzung).

Statistisches Bundesamt 2007-15- 0001

Tabelle 1

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2006
in jeweiligen Preisen**

	Mrd. Euro
Bruttoinlandsprodukt	2 302,70
Private Konsumausgaben	1 347,31
Konsumausgaben des Staates	426,07
Bruttoinvestitionen	415,21
Bruttoanlageinvestitionen	410,28
Ausrüstungen	169,59
Bauten	214,75
Sonstige Anlagen	25,94
Vorratsveränderungen	4,93
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	114,11

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Schaubild 2

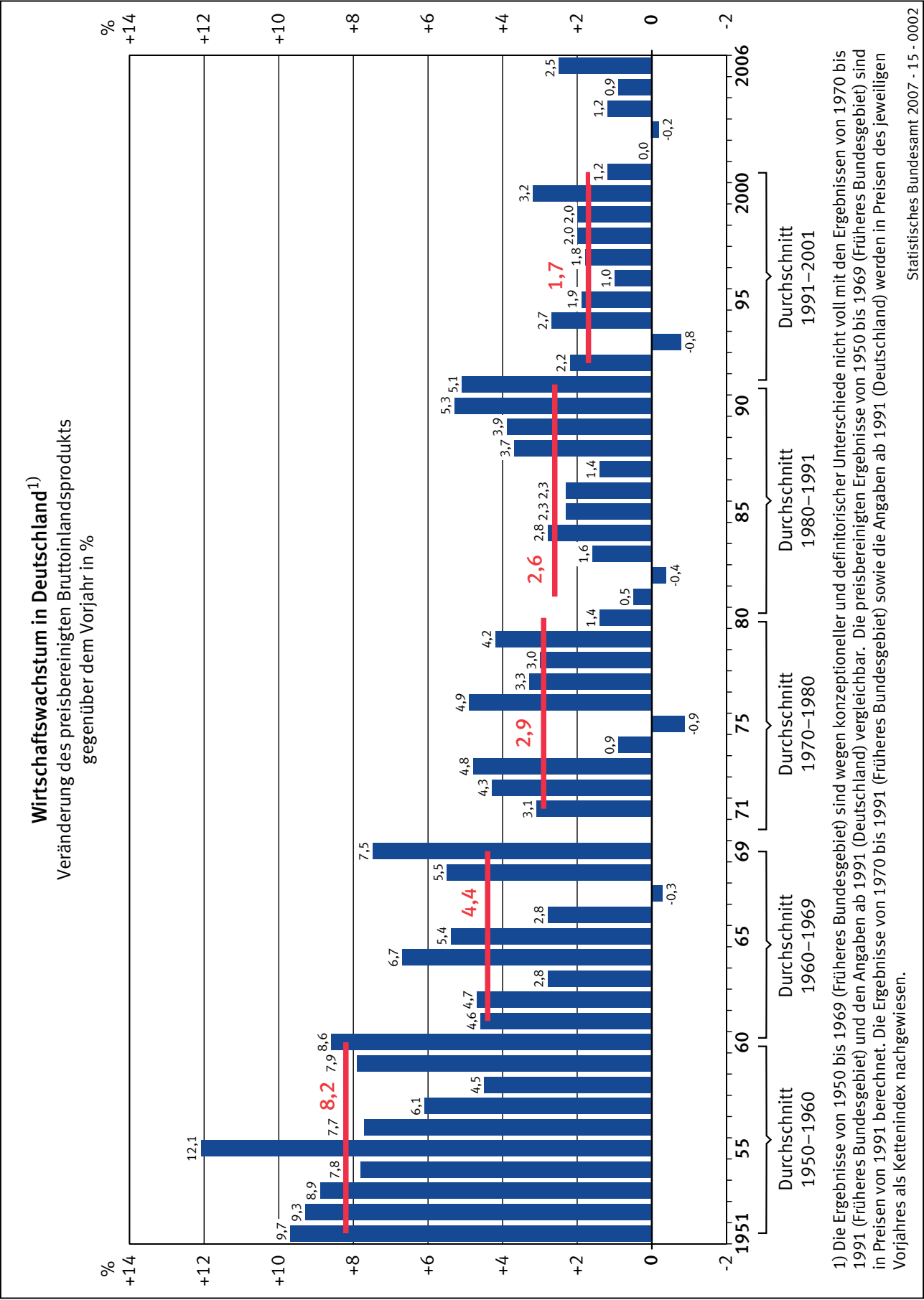


Schaubild 3

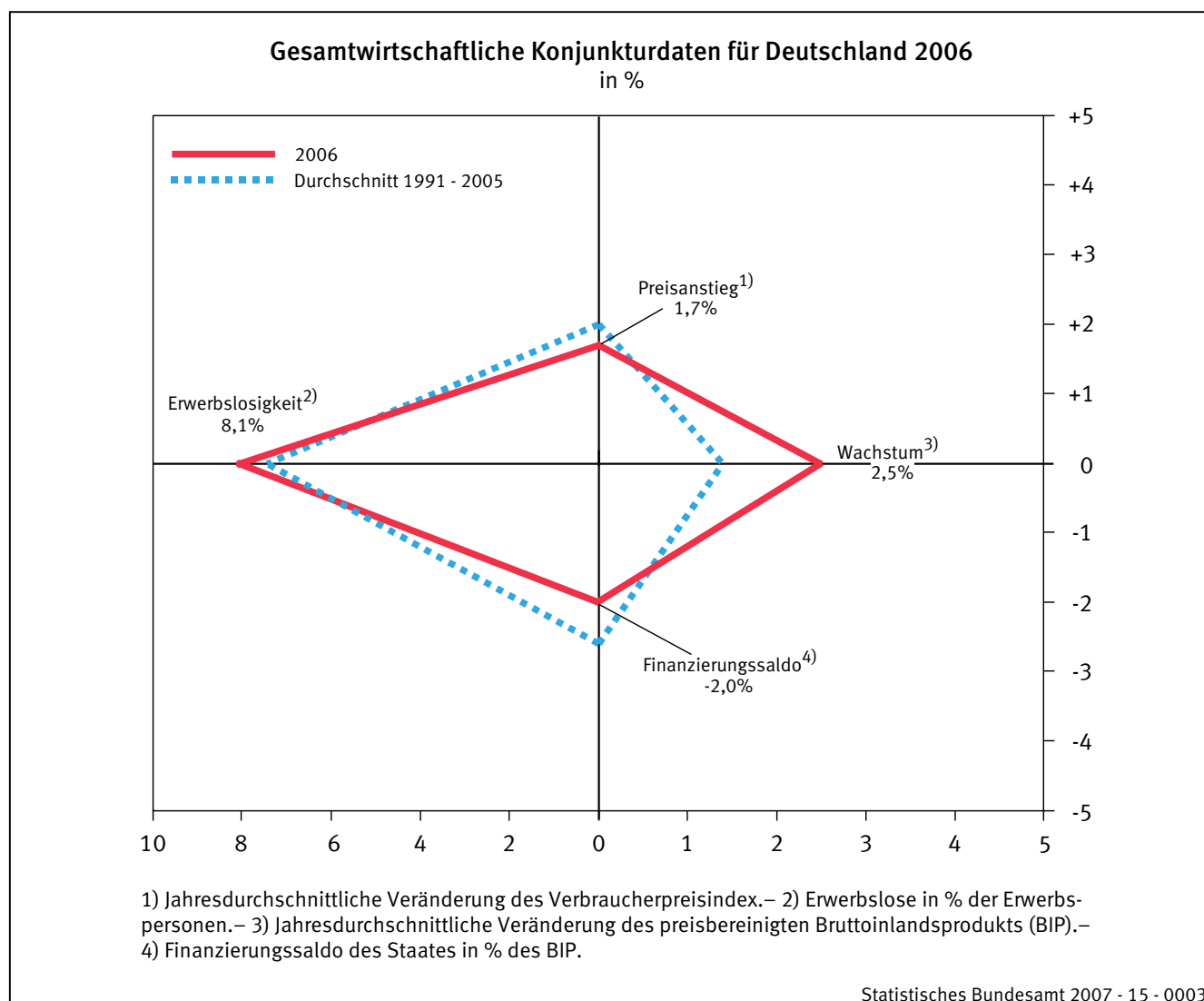


Schaubild 4

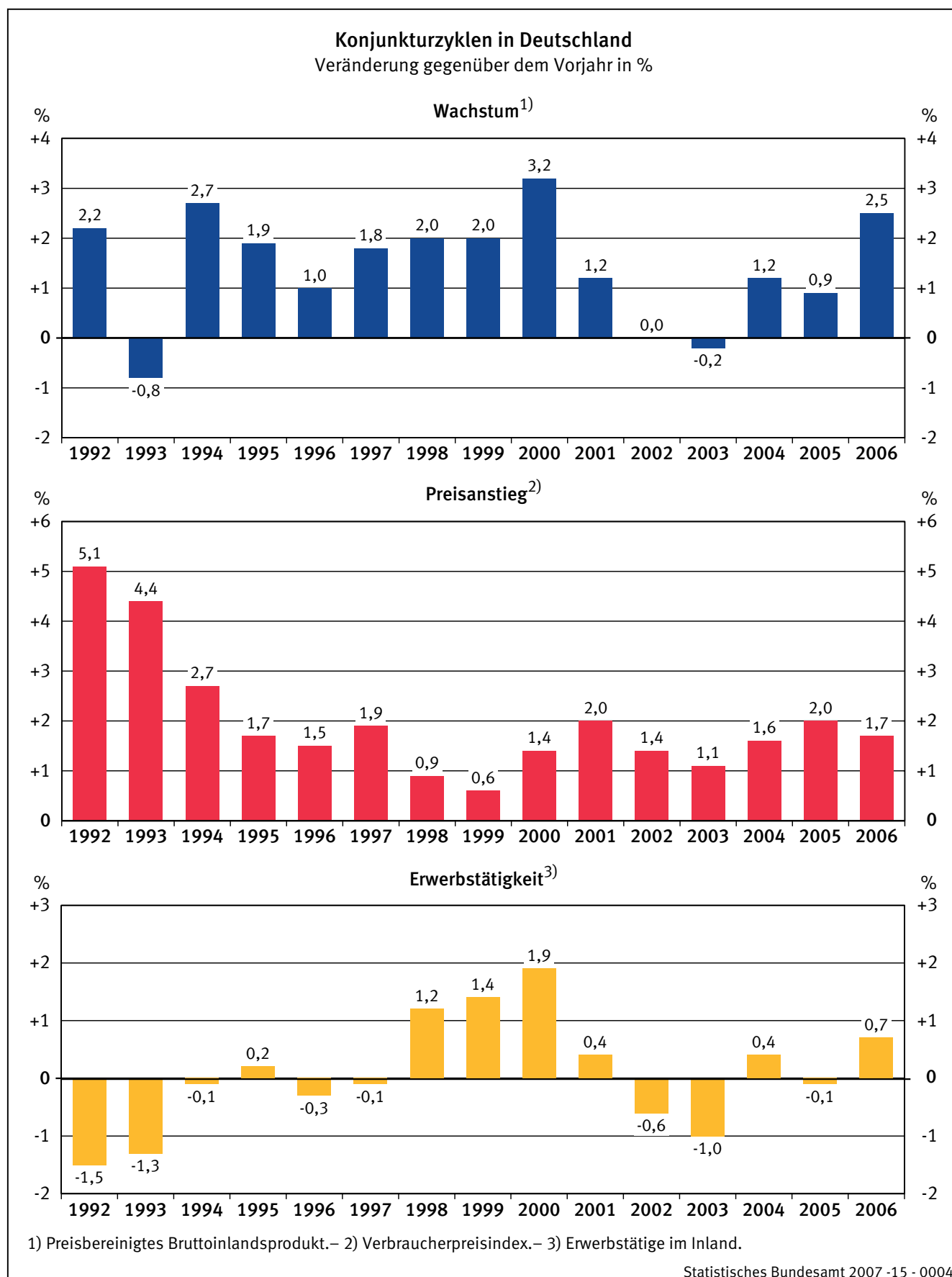


Schaubild 5

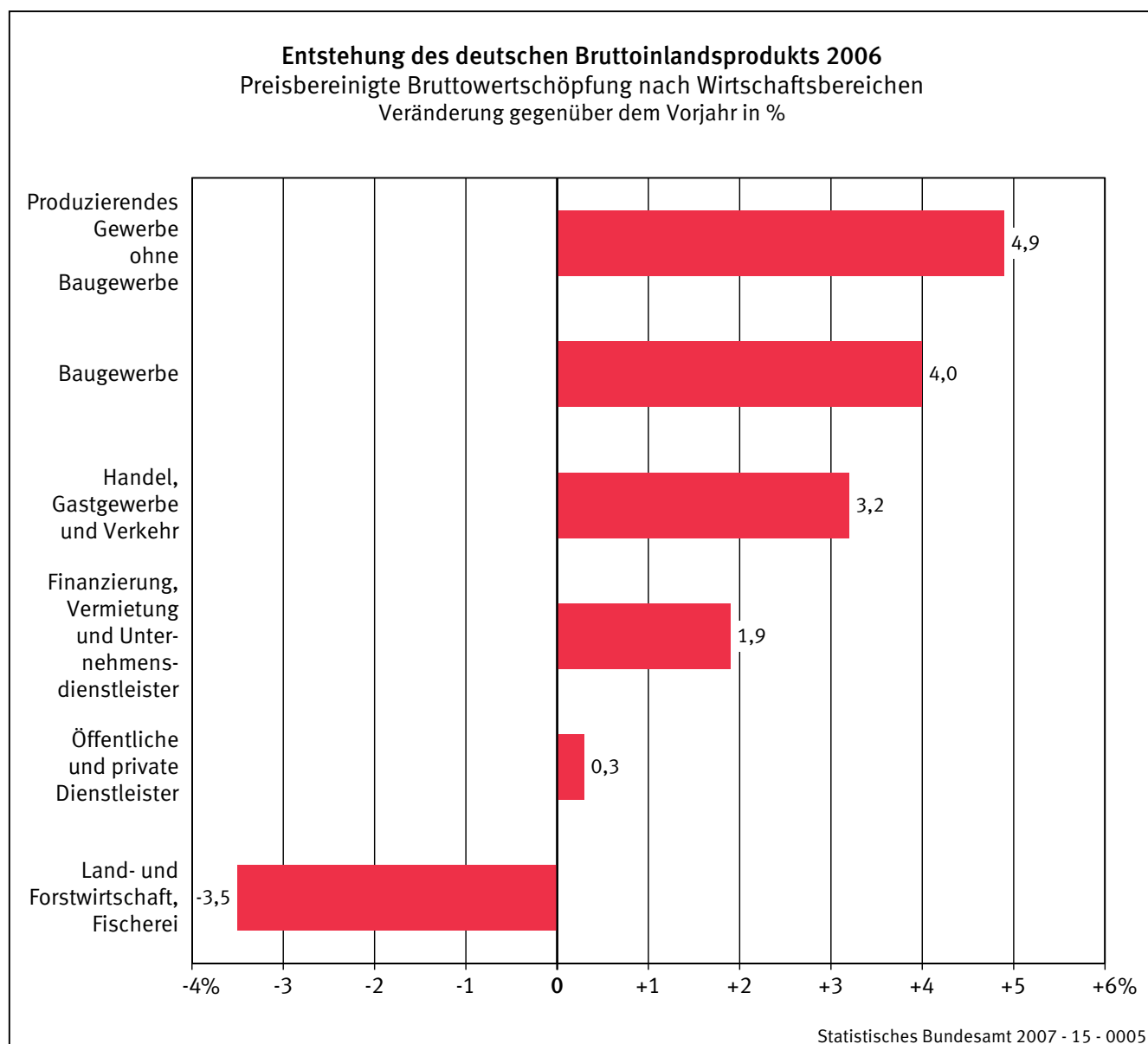
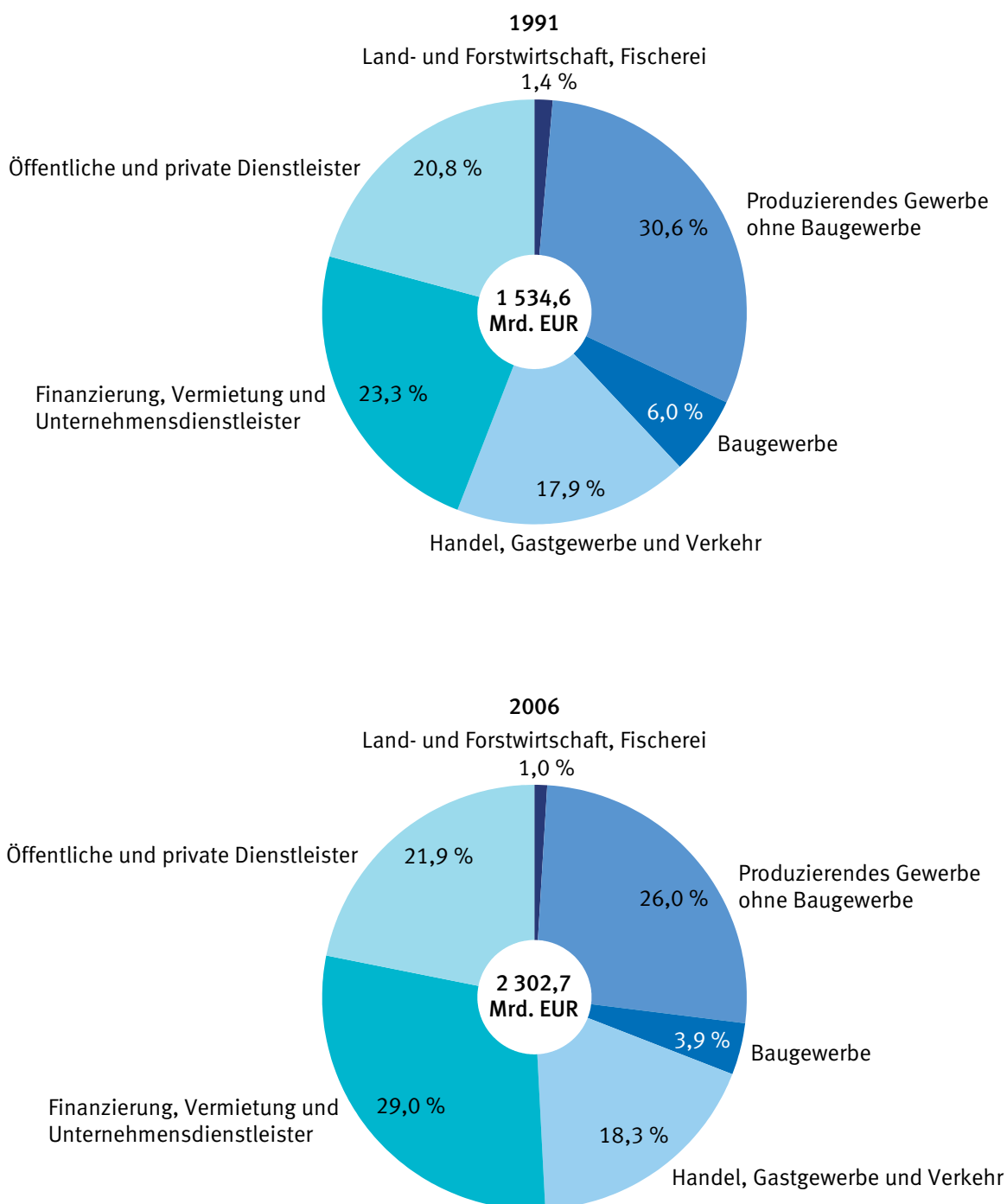


Schaubild 6

Wirtschaftsstruktur in Deutschland 1991 und 2006
 Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt¹⁾ in %



1) Gemessen als Anteil der nominalen Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt.

Statistisches Bundesamt 2007 -15 - 0006

Schaubild 7

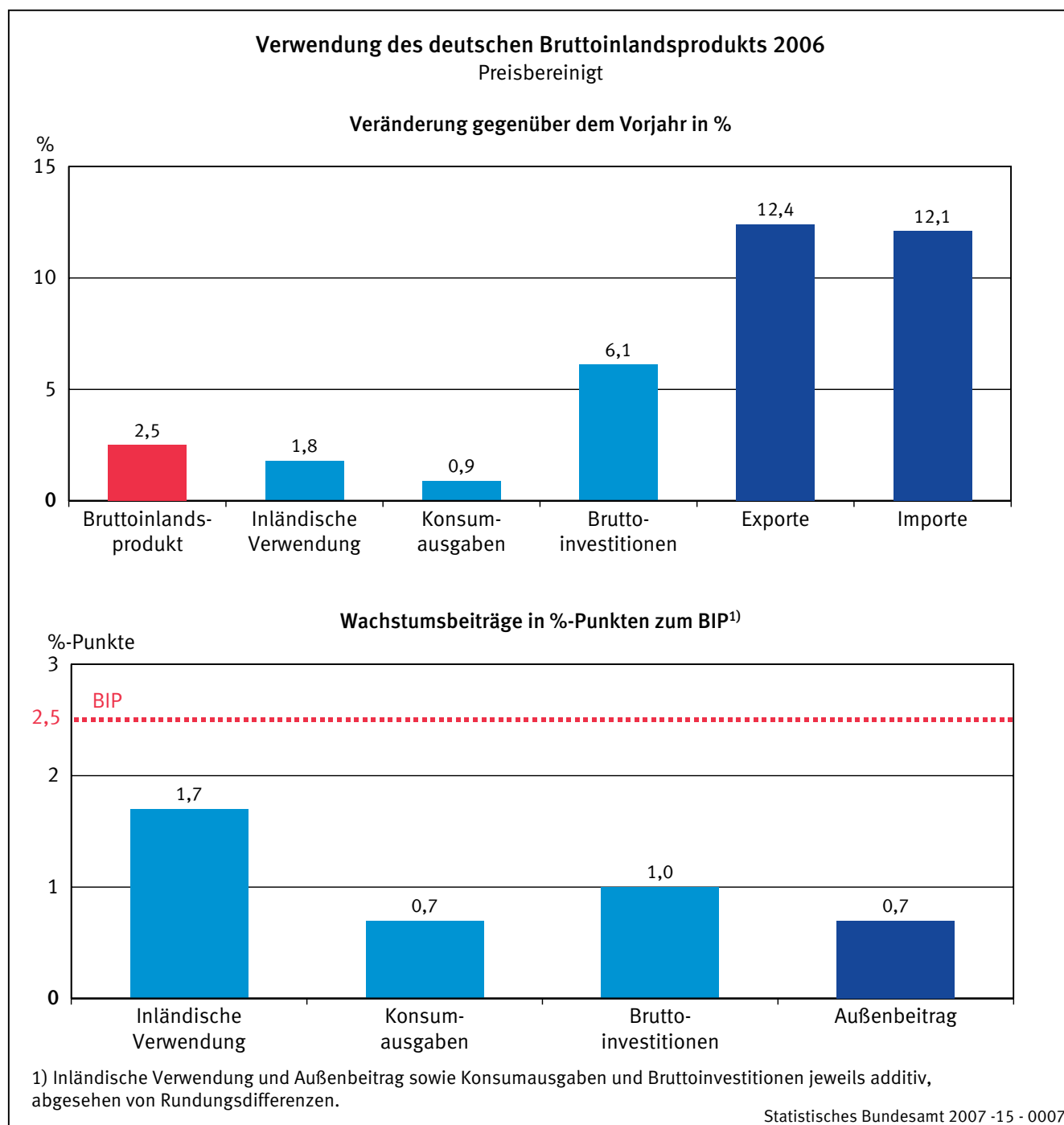


Schaubild 8

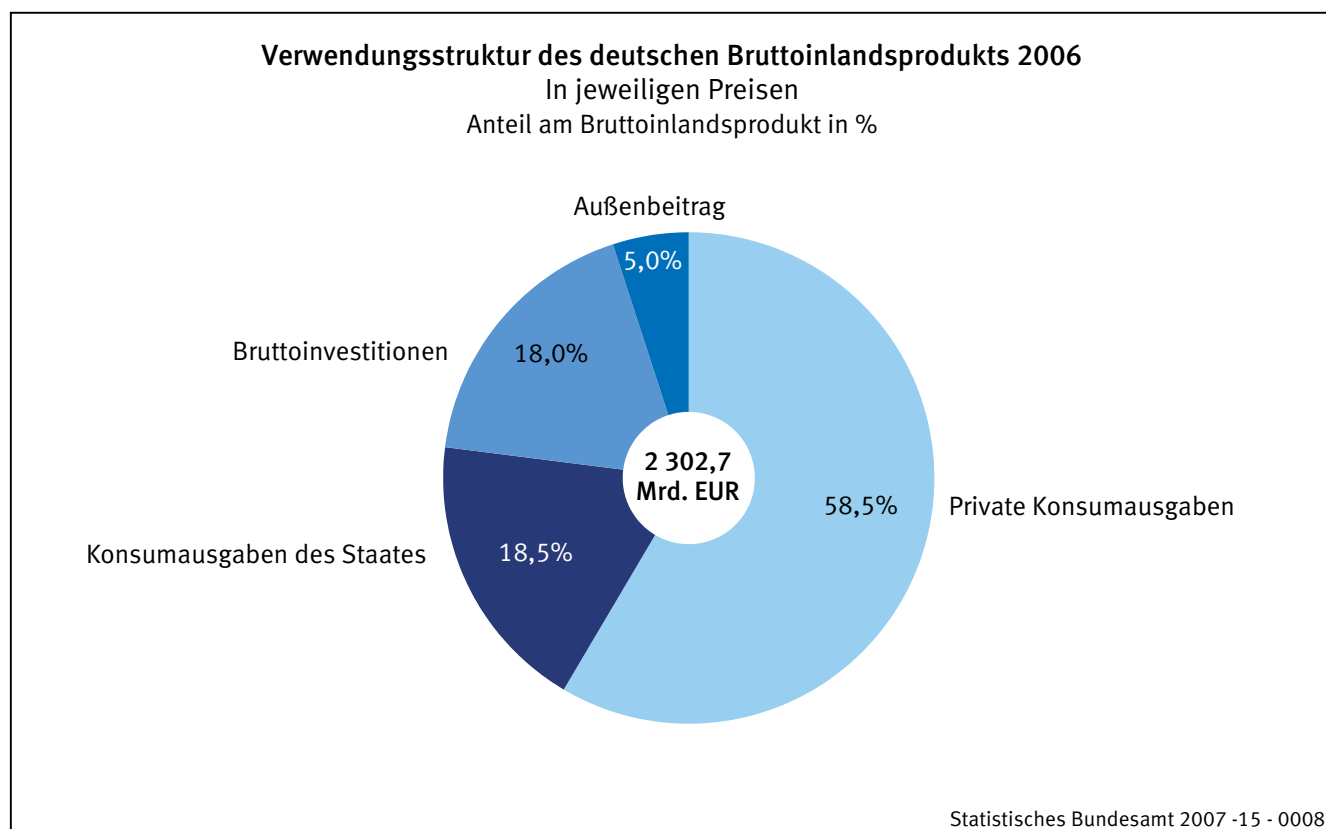
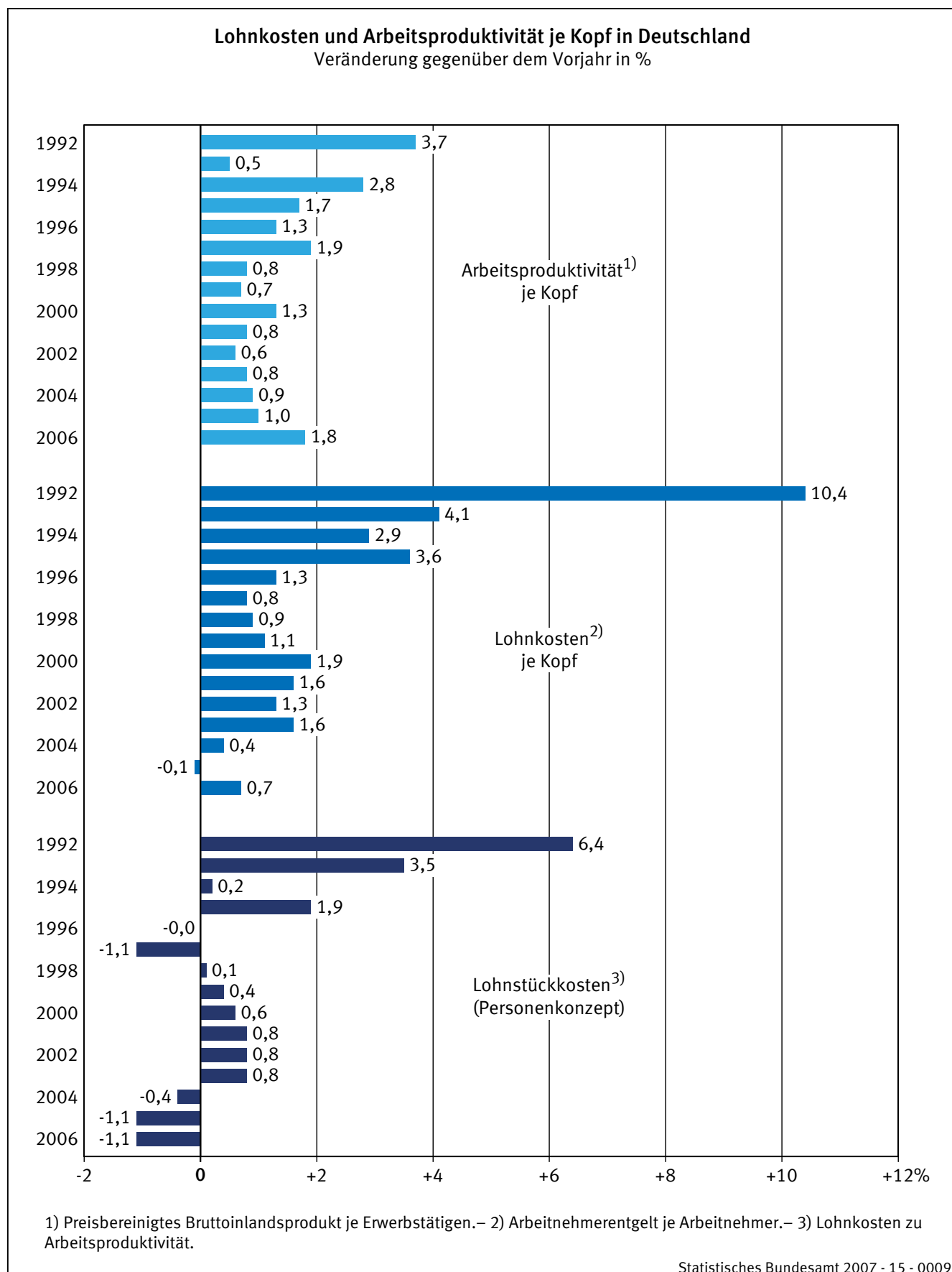


Schaubild 9

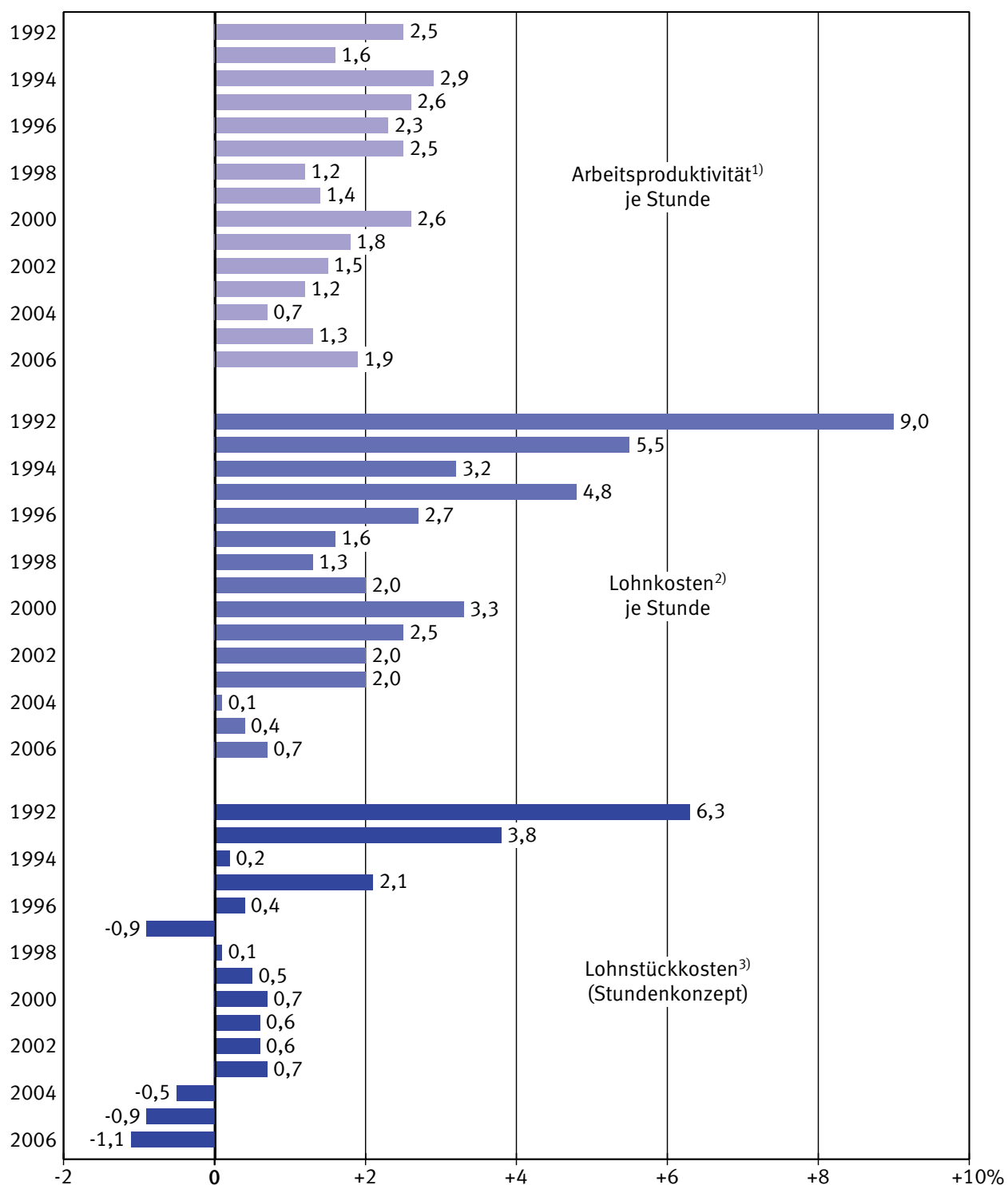


Statistisches Bundesamt 2007 - 15 - 0009

Schaubild 10

Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

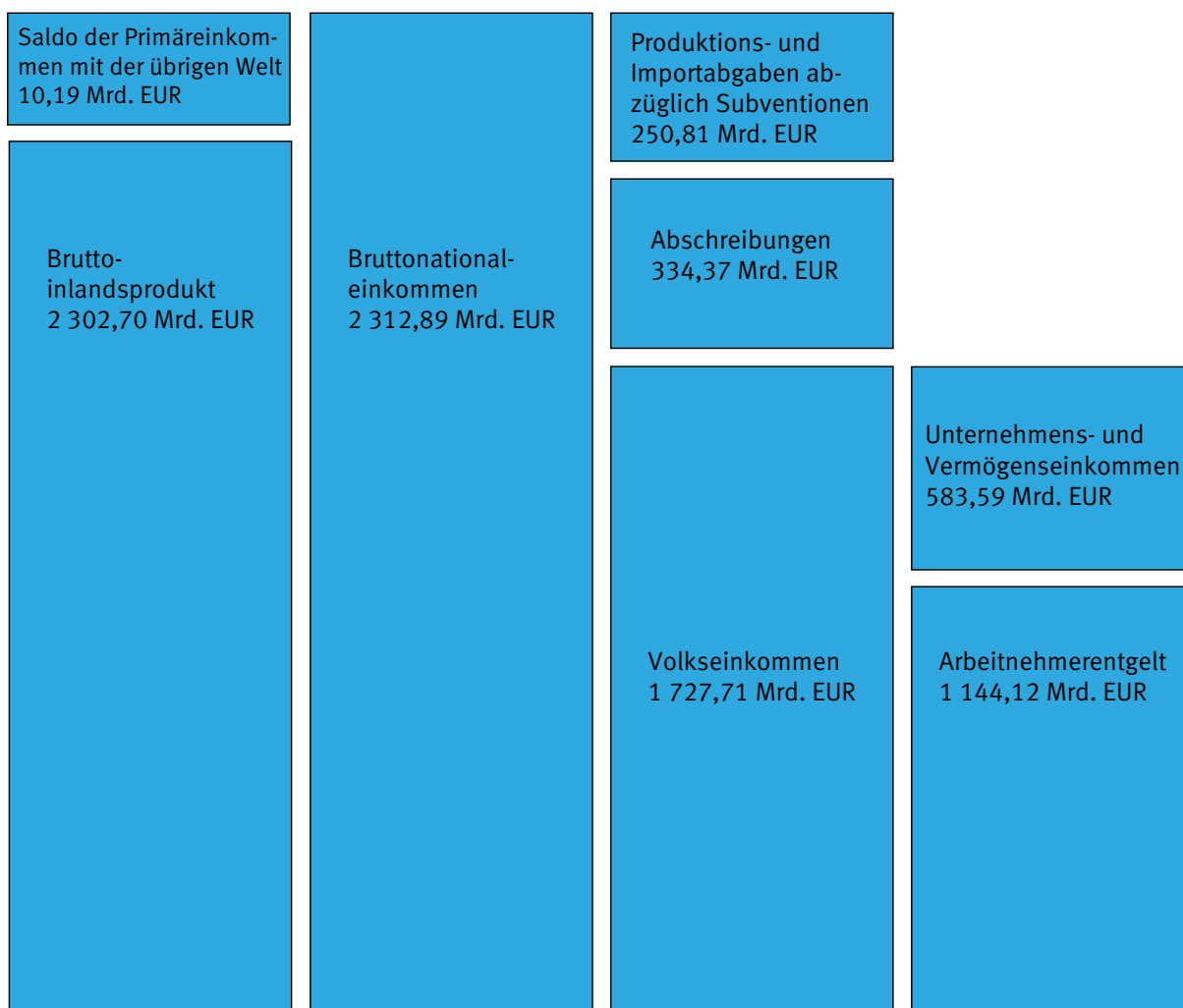


1) Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.– 2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde.–
3) Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität.

Statistisches Bundesamt 2007 - 15 - 0010

Schaubild 11

Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2006



Statistisches Bundesamt 2007 - 15 - 0011

Schaubild 12

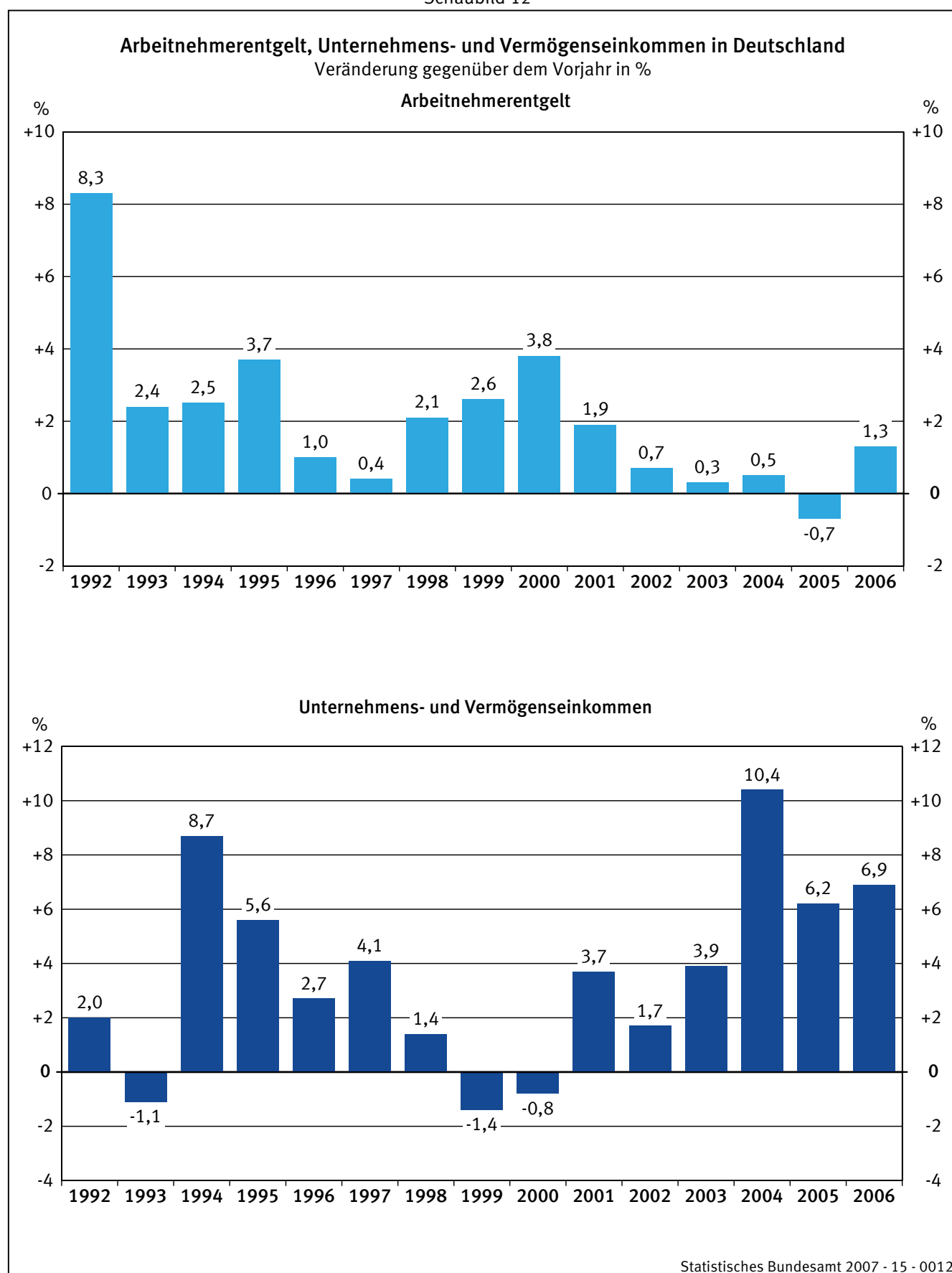


Schaubild 13

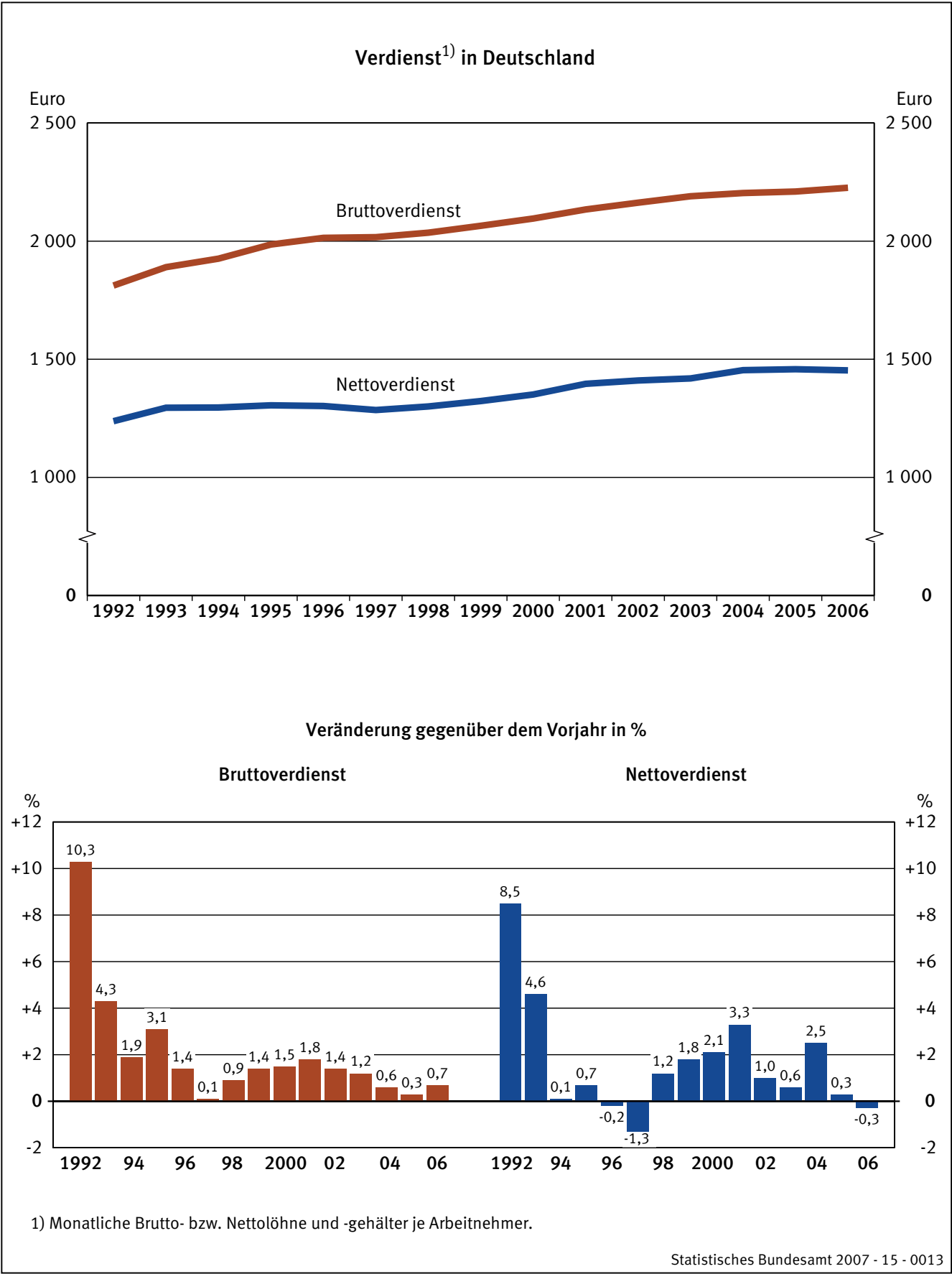


Schaubild 14

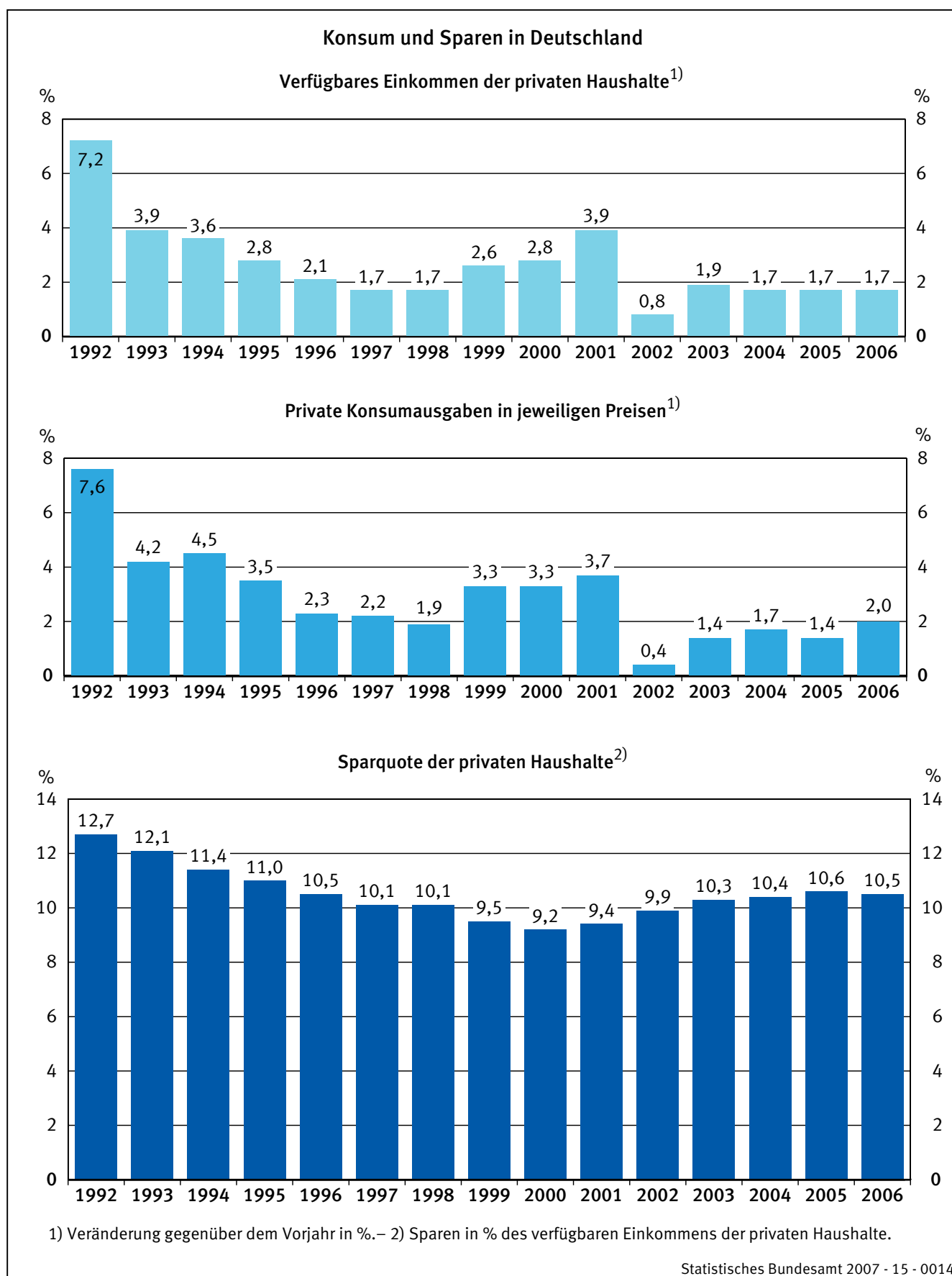
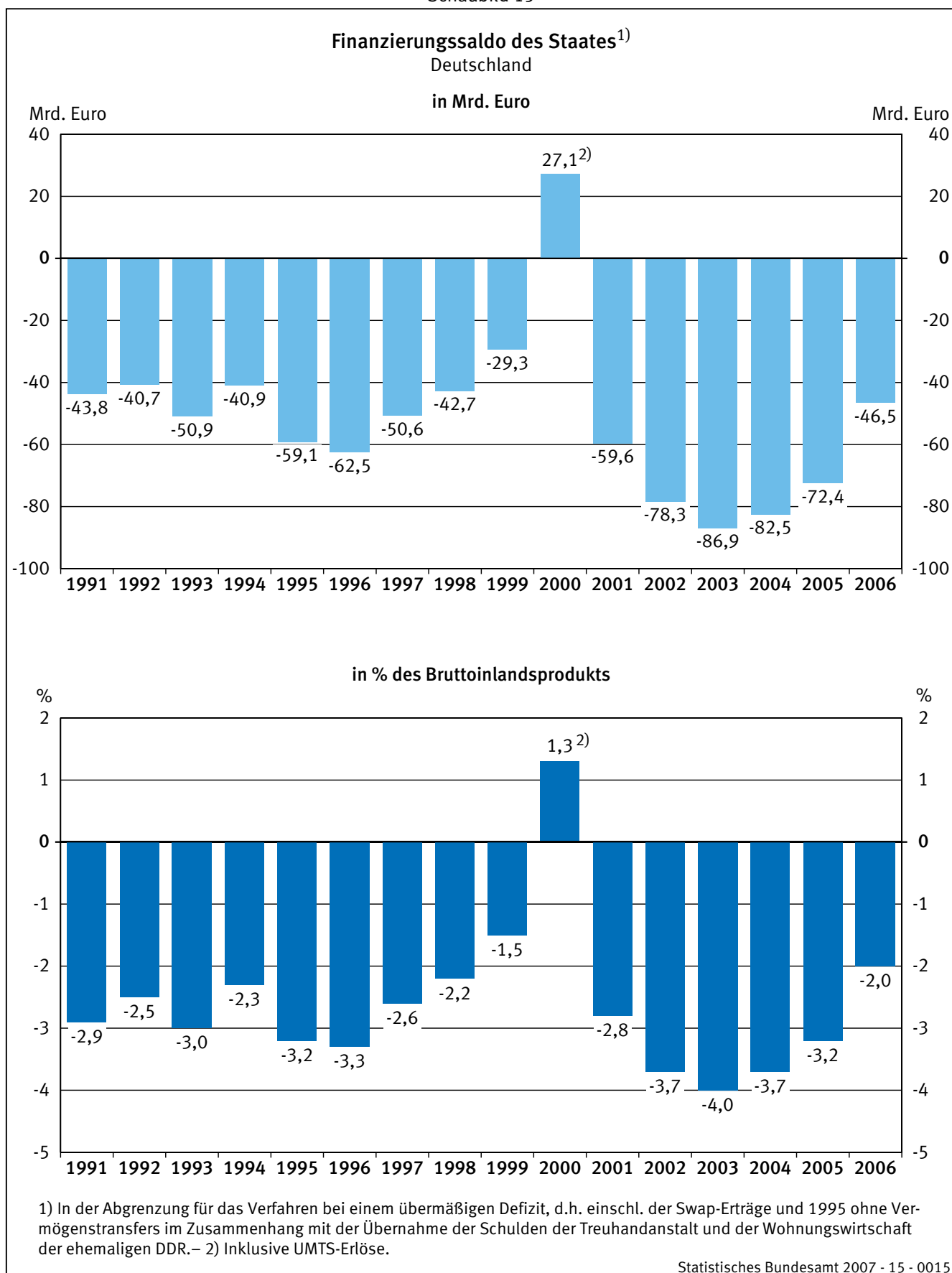


Schaubild 15



Statistisches Bundesamt 2007 - 15 - 0015

Tabelle 2

Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾ Deutschland

Jahr ²⁾	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherung	Staat	
	Mrd. Euro					in % des BIP
1991	- 48,30	- 8,73	+ 2,29	+ 10,91	- 43,83	- 2,9
1992	- 24,78	- 11,02	- 3,26	- 1,64	- 40,70	- 2,5
1993	- 35,45	- 16,89	- 1,54	+ 2,95	- 50,93	- 3,0
1994	- 19,31	- 21,18	- 2,40	+ 2,00	- 40,89	- 2,3
1995	- 26,32	- 21,21	- 3,88	- 7,71	- 59,12	- 3,2
1996	- 34,78	- 20,71	- 0,60	- 6,39	- 62,48	- 3,3
1997	- 30,48	- 21,74	+ 0,13	+ 1,48	- 50,61	- 2,6
1998	- 35,83	- 14,18	+ 4,29	+ 3,00	- 42,72	- 2,2
1999	- 30,58	- 9,47	+ 5,43	+ 5,32	- 29,30	- 1,5
2000 ³⁾	+ 28,00	- 6,95	+ 5,45	+ 0,59	+ 27,09	+ 1,3
2001	- 27,49	- 27,25	- 1,08	- 3,79	- 59,61	- 2,8
2002	- 35,96	- 30,57	- 4,97	- 6,82	- 78,32	- 3,7
2003	- 39,61	- 32,69	- 6,90	- 7,71	- 86,91	- 4,0
2004	- 52,20	- 26,78	- 2,10	- 1,38	- 82,46	- 3,7
2005	- 47,50	- 20,45	- 0,99	- 3,44	- 72,38	- 3,2
2006	- 37,17	- 12,53	- 0,65	+ 3,86	- 46,49	- 2,0

1) In der Abgrenzung für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, d.h. einschl. der Swap-Erträge und 1995 ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR. - 2) Ab 2003 vorläufiges Ergebnis. - 3) Inklusive UMTS-Erlöse.

Schaubild 16

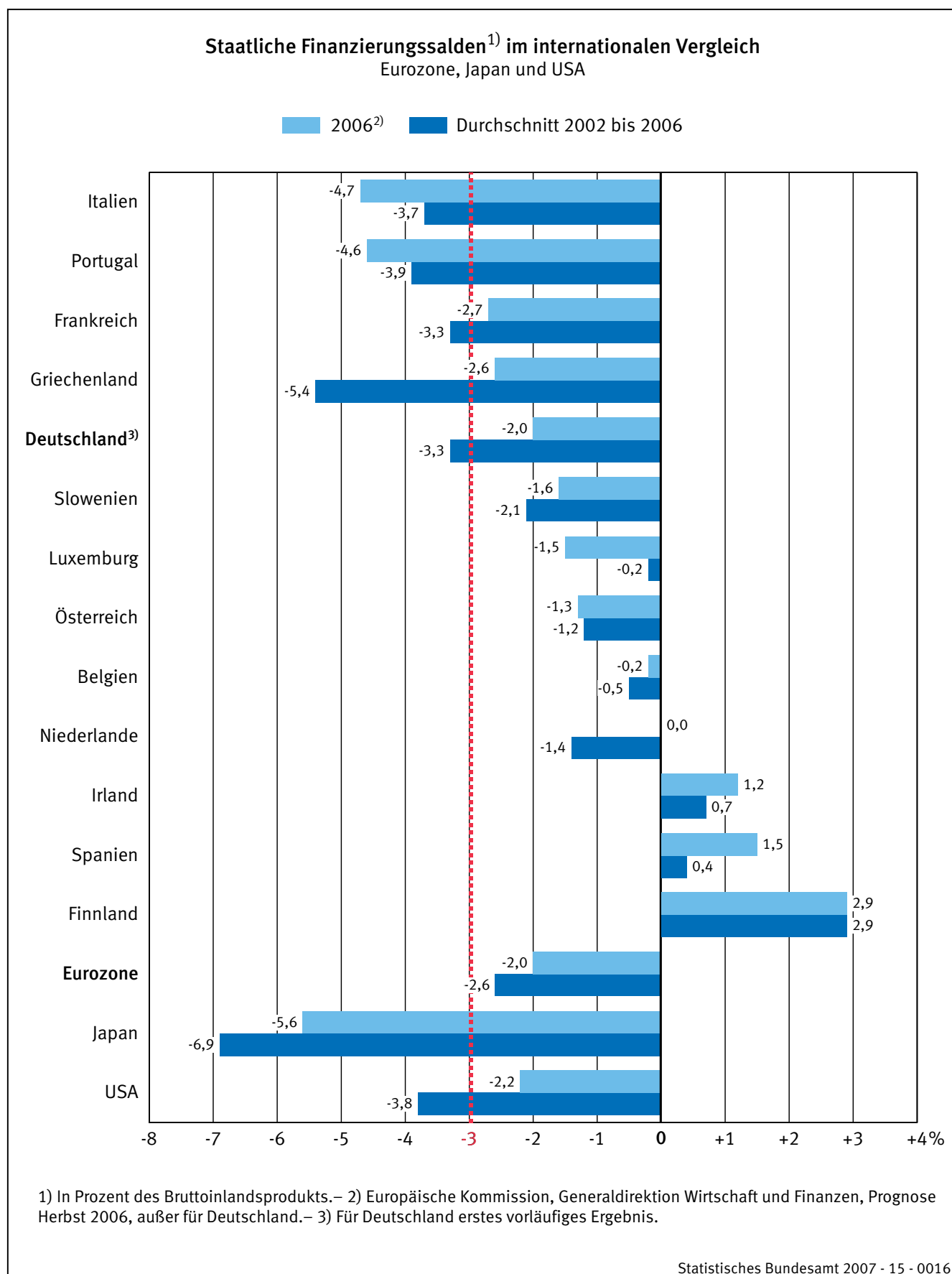


Schaubild 17

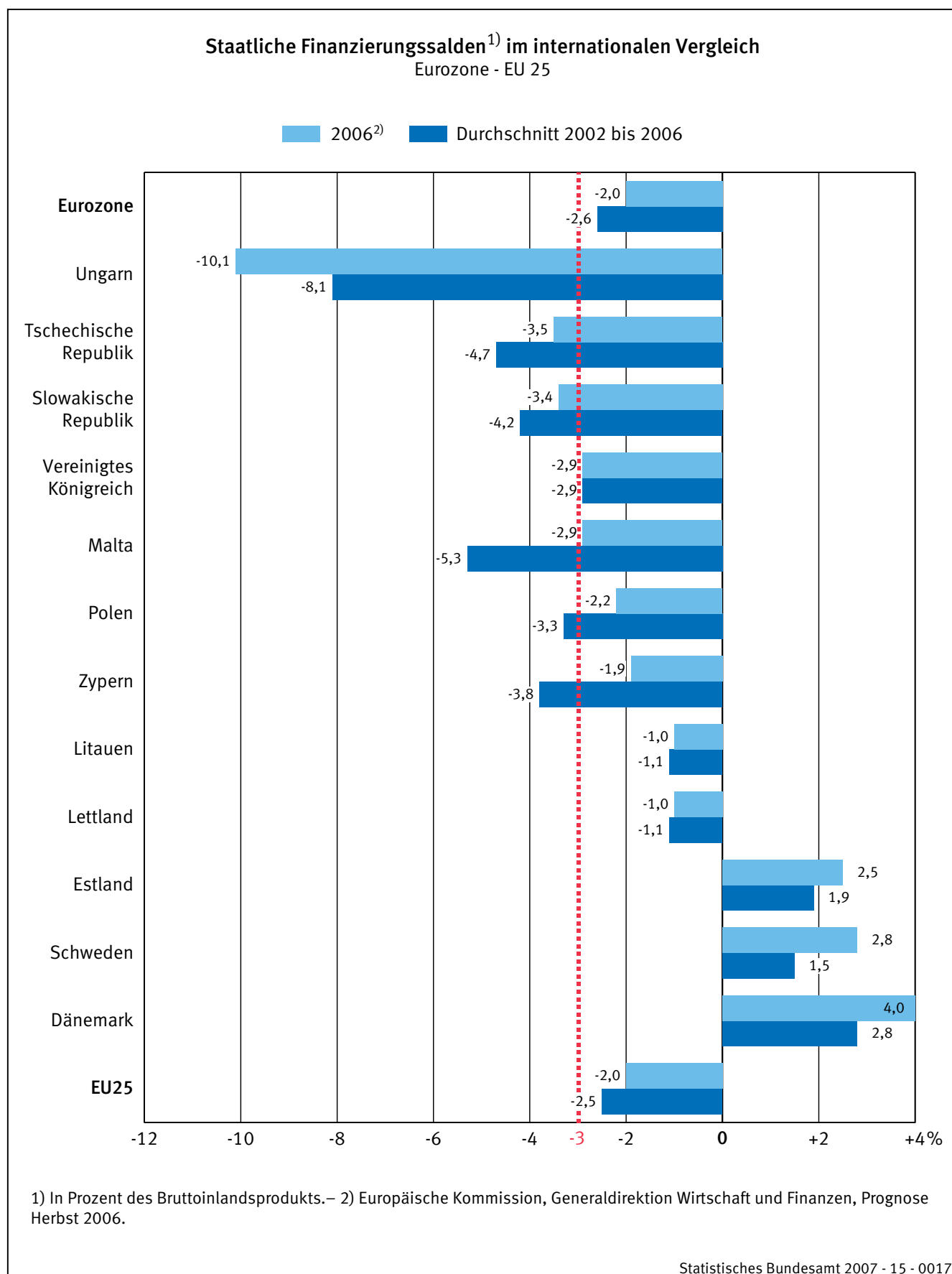


Schaubild 18

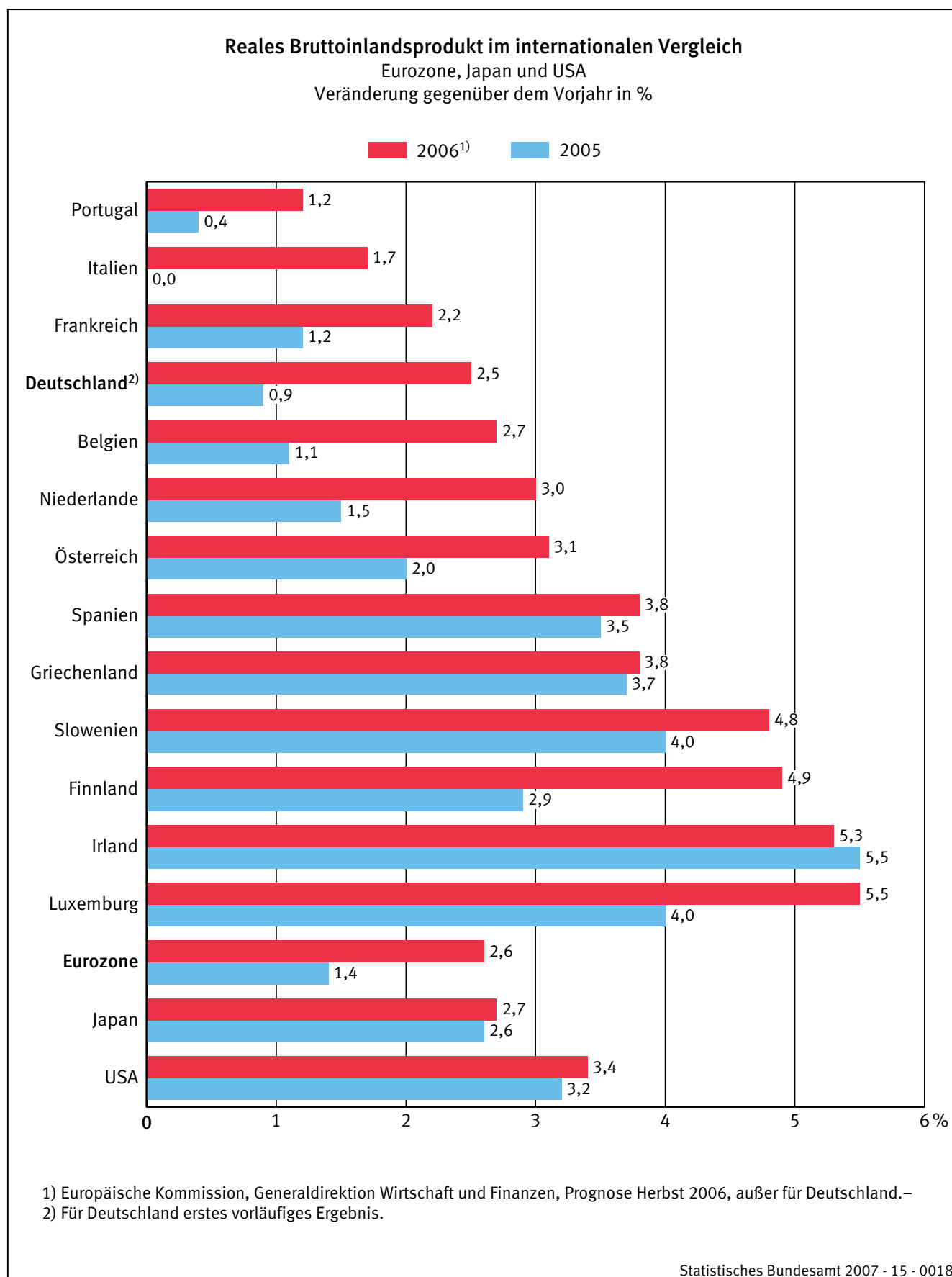
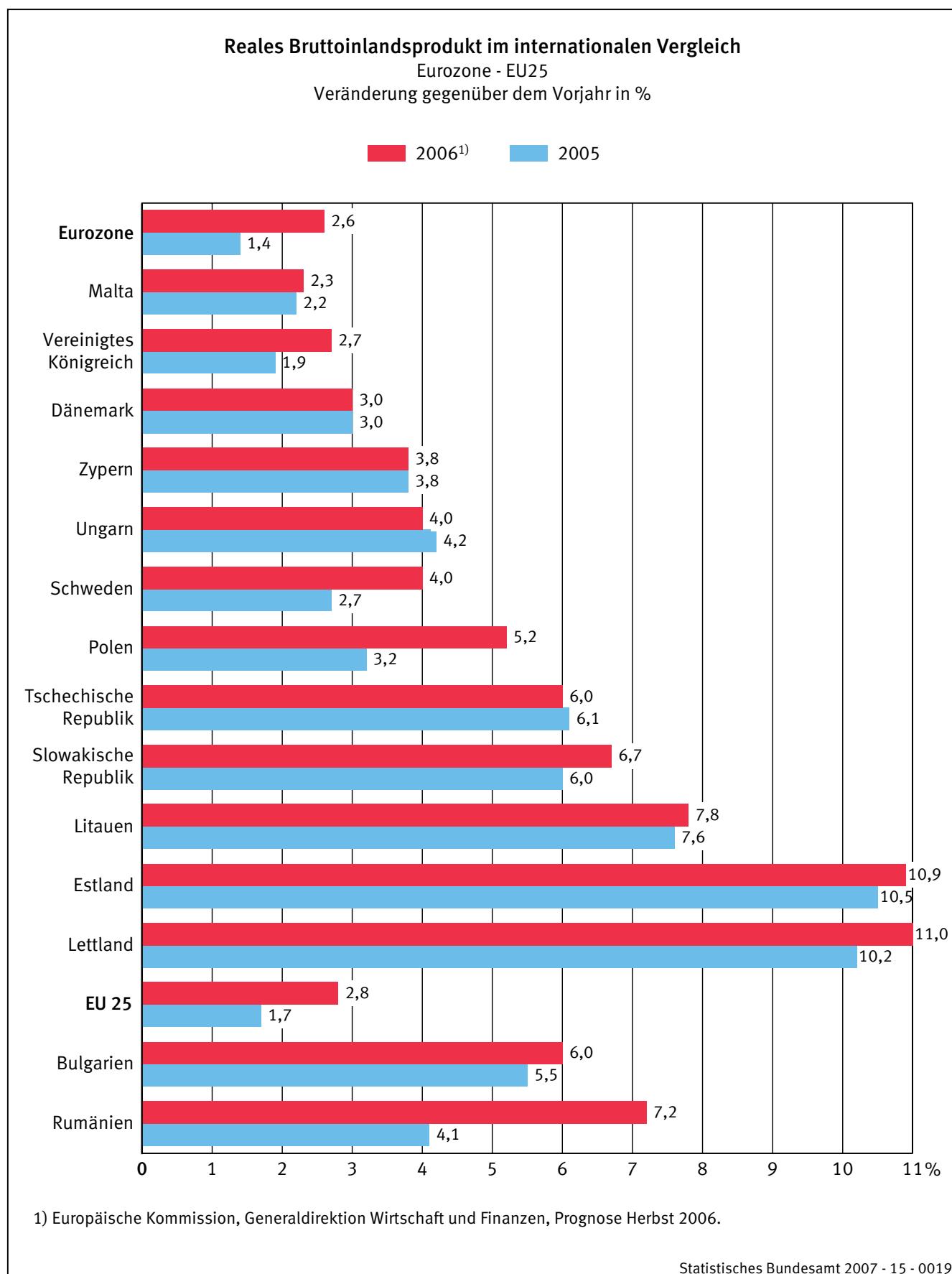


Schaubild 19



1. Außenbeitrag

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) lag in jeweiligen Preisen gerechnet im Jahr 2006 zwar mit 114,1 Milliarden Euro um 1,9 Milliarden Euro unter dem Niveau des Jahres 2005 (116,0 Milliarden Euro), dennoch rechnet dieser Überschuss zu einem der höchsten seit der deutschen Vereinigung im Jahre 1991.

Der nominale Exportüberschuss 2006 resultiert aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+ 155,3 Milliarden Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (– 41,2 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Warenhandelsüberschuss um 1,0 Milliarden Euro zurückgegangen, während das Dienstleistungsdefizit sich um 0,9 Milliarden Euro ausweitete.

Preisbereinigt stiegen die Exporte 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 12,4%, die Importe um 12,1%. Daraus ergab sich ein preisbereinigter Exportüberschuss (Außenbeitrag), der mit 0,7%-Punkten zum BIP-Wachstum beitrug. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen hohen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet (Warenexporte + 12,9% und Warenimporte + 14,0%). Dagegen verlief die reale Entwicklung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr weniger dynamisch (Dienstleistungsexporte + 9,2%, Dienstleistungsimporte + 4,3%). Weil die Exportpreise (nach VGR-Konzept) mit 0,9% weniger stark zunahmen als die Importpreise mit 3,1%, verschlechterten sich die deutschen Terms of Trade um 2,2%.

Bei regionaler Betrachtung der Exporte und Importe für die ersten drei Quartale des Jahres 2006 – hierfür liegen erst die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) nach Ländern vor – nahm die deutsche Warenausfuhr gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum insgesamt um 12,7% und die deutsche Wareneinfuhr insgesamt um 17,8% zu. Bei den Warenexporten stiegen die Ausfuhren in die EU-Länder etwas weniger stark (+ 12,2%) als die Ausfuhren in die Drittländer (+ 13,7%). Wie schon im Jahre 2005 nahm die Warenausfuhr nach Russland auch im Jahr 2006 im entsprechenden Vorjahresvergleich mit 26,6% außergewöhnlich stark zu. Bei der Wareneinfuhr lag die Zuwachsrate 2006 für die Länder der Europäischen Union mit 15,0% etwas niedriger als für die Drittstaaten (+ 21,7%). Auch importseitig fällt die kräftige Zunahme der Transaktionen mit Russland auf, die Warenimporte stiegen für den vergleichbaren Zeitraum um 41,0%.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2006 wurde ein Handelsbilanzüberschuss von insgesamt 117,5 Milliarden Euro erzielt. Dieser Handelsbilanzüberschuss wurde zum weit überwiegenden Teil im Warenverkehr mit den anderen EU-Ländern erwirtschaftet (104,7 Milliarden Euro). Zwar gab es im Warenverkehr mit einzelnen EU-Ländern wie mit den Niederlanden auch Handelsbilanzdefizite zu verzeichnen (– 3,6 Milliarden Euro), bestimmend für die Entwicklung waren jedoch die Handelsbilanzüberschüsse gerade gegenüber den großen Partnern im EU-Raum (Frankreich: + 17,7 Milliarden Euro, Italien: + 15,2 Milliarden Euro, Vereinigtes Königreich: + 17,6 Milliarden Euro). Auch gegenüber den USA lag die Warenausfuhr deutlich (+ 21,1 Milliarden Euro) höher als die Wareneinfuhr. Im Warenverkehr mit den großen östlichen Handelspartnern waren dagegen Defizite zu verzeichnen (Japan: – 7,2 Milliarden Euro, China: – 15,0 Milliarden Euro, Russland: – 7,4 Milliarden Euro).

2. Arbeitsmarkt

- 2.1 Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2006 von 39,08 Millionen **Erwerbstätigen** erbracht. Das waren 258 000 Personen oder 0,7% mehr als ein Jahr zuvor, nachdem im Jahr 2005 die Beschäftigung noch um 0,1% im Vorjahresvergleich zurückgegangen war. Ausschlaggebend für den Zuwachs bei der Zahl der Erwerbstätigen war zum einen, dass der seit 2001 anhaltende Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zum Ende gekommen ist und dort wieder positive Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen waren. Gleichzeitig gab es aber auch Zuwächse bei den Selbstständigen, wenn auch in geringerem Umfang als in den Vorjahren, und bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Neben einer allgemeinen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung hat auch der vermehrte Einsatz geförderter Beschäftigungsformen, wie der Anstieg gegenüber dem Vorjahr bei der Zahl der Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Absatz 3 SGB II, dem zahlenmäßig bedeutendsten arbeitsmarktpolitischen Instrument im Rechtskreis des SGB II, zur positiven Entwicklung der Erwerbstätigkeit beigetragen.

Nach Ergebnissen der ILO-Arbeitsmarktstatistik waren im Jahresdurchschnitt 2006 in Deutschland 3,43 Millionen Personen **erwerbslos**, 464 000 weniger (– 11,9%) als im Jahresdurchschnitt 2005. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen sank von 9,1 % im Jahr 2005 auf 8,1 % im Jahresdurchschnitt 2006. Dabei war die Entwicklung der Erwerbslosigkeit maßgeblich durch die allgemeine konjunkturelle Belebung und den damit verbundenen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geprägt.

Die Definitionen von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit folgen dem international vergleichbaren Konzept der International Labour Organization (ILO). Demnach wird als erwerbstätig eingestuft, wer im Zeitraum von einer Woche eine bezahlte Tätigkeit von mindestens einer Stunde Dauer ausgeübt hat. Auch wer sich in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis befindet, dem er in der betreffenden Woche nicht nachgegangen ist, wird als erwerbstätig gezählt, ebenso Selbstständige und Personen, die angeben, unentgeltlich in einem Familienbetrieb mitzuarbeiten. Wer keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, innerhalb der letzten vier Wochen aktiv nach Arbeit gesucht hat und angibt, im Erfolgsfall innerhalb der kommenden zwei Wochen eine Arbeitsstelle antreten zu können, gilt als erwerbslos.

Beide Gruppen, die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen, bilden zusammen die auf dem Arbeitsmarkt aktive Gruppe der **Erwerbspersonen**. Die Zahl der Erwerbspersonen nahm im Jahresdurchschnitt 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 200 000 Personen (– 0,5%) auf 42,42 Millionen Personen ab.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2006 um 1,8%; je Arbeitsstunde gemessen nahm sie etwas stärker zu, und zwar um 1,9%. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren vor allem arbeitszeitvermindernde Einflüsse, wie die weitere Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und die im Vergleich zum Vorjahr geringere Zahl an Arbeitstagen.

- 2.2 Die Zahl der bei den Vermittlungsstellen **registrierten Arbeitslosen** nach Definition des deutschen Sozialgesetzbuches (SGB) nahm nach den jüngst veröffentlichten Daten der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt 2006 gegenüber dem Vorjahr um 374 000 Personen auf rund 4,49 Millionen ab. Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit haben sich neben den konjunkturellen Effekten darin auch die Auswirkungen einer intensiveren Betreuung der

Arbeitslosen und einer systematischen Aktualisierung von Bewerberangeboten gezeigt. Außerdem sei zu vermuten, dass der Arbeitsmarkt durch ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot entlastet wurde; darauf wiesen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials hin.

Die Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem SGB unterscheidet sich von der Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien. So fordert das SGB eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder kommunalen Trägern sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos erfasst zu werden. Beide Voraussetzungen sind keine notwendige Bedingung für Erwerbslosigkeit nach dem ILO-Konzept. Daher sind in der ILO-Arbeitsmarktstatistik auch Personen als erwerbslos erfasst, die nach Definition des SGB nicht arbeitslos sind. Dies betraf nach Erkenntnissen aus der Telefonerhebung im Jahr 2006 durchschnittlich 1,3 Millionen Personen.

Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. Nach den ILO-Kriterien hingegen schließt jede Erwerbstätigkeit die Möglichkeit aus, als erwerbslos erfasst zu werden. Somit sind in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit Arbeitslose enthalten, die die ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht als erwerbslos zählt. Nach Ergebnissen der Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes umfasste diese Gruppe nicht erwerbsloser, aber registrierter Arbeitsloser im vergangenen Jahr durchschnittlich 2,4 Millionen Personen. Per Saldo lag die nach dem ILO-Konzept ermittelte Erwerbslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2006 mit 3,43 Millionen um über eine Million niedriger als die registrierte Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch im gleichen Zeitraum (4,49 Millionen).

3. Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verzeichnete der Staat im Jahr 2006 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 46,5 Milliarden Euro, nach einem Defizit von 72,6 Milliarden Euro im Vorjahr¹⁾. Die Abnahme des Defizits ergab sich aus einem stärkeren Anstieg der Einnahmen (+ 3,3%) im Vergleich zu dem der Ausgaben (+ 0,6%). Zum Defizit des Staates trugen der Bund mit einem Defizit von 37,2 Milliarden Euro und die Länder mit einem Defizit von 12,5 Milliarden Euro bei. Die Gemeinden hatten insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo (– 0,7 Milliarden Euro), während die Sozialversicherung mit 3,9 Milliarden Euro einen kräftigen Überschuss verzeichnete. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Staatsdefizit im Berichtsjahr – 2,0%. Die Quote lag damit erstmals seit dem Jahr 2001 wieder unter dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Im Jahr 2006 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 008,0 Milliarden Euro; das waren 3,3% mehr als im Vorjahr. Bei den Steuern (+ 6,2%), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben um 4,4% und das an Einkommensteuern um 8,4%. An Sozialbeiträgen nahm der Staat im Berichtsjahr 1,0% mehr ein. Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr deutlich höheren Ausschüttungen der Bundesbank an den Bund nahmen die Vermögenseinkommen in 2006 kräftig zu (+ 21,9%). Geringere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat dagegen aus Verkäufen (– 0,7%), an sonstigen laufenden Transfers (– 22,6%) sowie an Vermögenstransfers (– 8,1%).

Die Ausgaben des Staates (1 054,5 Milliarden Euro) nahmen 2006 um 0,6% gegenüber dem Vorjahr zu. Aufgeteilt nach Ausgabearten erhöhten sich die Käufe an Vorleistungsgütern um 2,3%, während die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 0,1% abnahmen. Die sozialen Sachleistungen waren 2,4% höher als 2005. Die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen an private Haushalte (– 0,1%) waren bei sehr unterschiedlicher Entwicklung einzelner Leistungsarten insgesamt nahezu gleich hoch wie im Vorjahr. Als wichtigste Leistungsart wurden 0,7% mehr an Renten gezahlt. Während die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung (– 16,8%) insbesondere aufgrund der Entwicklung des Arbeitslosengeldes I niedriger als im Vorjahr waren, stiegen die Ausgaben für das sich an das Arbeitslosengeld I anschließende Arbeitslosengeld II (und verwandte monetäre Sozialleistungen) um 6,7% kräftig. Deutlich erhöhten sich auch die Aufwendungen für die Geldleistungen der Sozialhilfe (+ 13,2%). Unter den übrigen Ausgaben des Staates nahmen die sonstigen laufenden Transfers um 0,3%, die geleisteten Zinsen um 4,0% und die Bruttoinvestitionen um 6,3% zu. Rückläufig waren dagegen die Aufwendungen für Vermögenstransfers (– 10,2%) und für Subventionen (– 2,0%).

1) Nach den präzisierten Regeln für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, das heißt einschließlich der Swap-Erträge, ergab sich für 2005 ein Staatsdefizit von 72,4 Milliarden Euro.

4. Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

4.1 Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

Allerdings sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten anders als „reguläre“ Wirtschaftstätigkeiten statistisch schwieriger zu erfassen. In diesem Zusammenhang ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge für Untererfassungen werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die nur in größeren zeitlichen Abständen Großzählungen (Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt. Derartige Zuschläge werden regelmäßig bei großen Revisionen überprüft und, falls erforderlich, an neue Erkenntnisse angepasst.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie den jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Ob und inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden, entzieht sich der Kenntnis der amtlichen Statistik, ist aber für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das deutsche BIP würde die so genannte Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

4.2 Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt allerdings eine eigenständige, getrennte Schätzung der so genannten Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes Mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistung am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, das heißt strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.

- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.
- Da wir Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik halten, erscheinen uns amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

4.3 Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Da Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in der Europäischen Union in hohem Ausmaß für administrative Zwecke genutzt werden (zum Beispiel Zahlungen an den EU-Haushalt, Berechnung der Maastricht-Kriterien), hat die EU-Kommission das Recht, die Einhaltung der Vorschriften des ESGV 1995 durch die Mitgliedstaaten von Mitarbeitern von Eurostat vor Ort prüfen zu lassen. Diese Vergleichbarkeitsprüfungen werden regelmäßig durchgeführt und betreffen auch die Frage der vollständigen Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach Prüfung der deutschen Inlandsproduktsberechnung hat die Kommission keine Zweifel an der Vollständigkeit der deutschen Angaben.

5. Vergleichbare lange Zeitreihen ab 1970

Am 5. September 2006 hat das Statistische Bundesamt grundlegend überarbeitete Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für den Zeitraum 1970 bis 1991 für das frühere Bundesgebiet veröffentlicht. Damit stehen allen Nutzern der VGR erstmals seit der großen Revision im April 2005 wieder methodisch vergleichbare lange Zeitreihen mit Jahres- und Quartalsangaben zur Verfügung.

Umfassende Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, bei denen die Ergebnisse und Methoden grundlegend überarbeitet werden, finden etwa alle fünf Jahre statt (zuletzt 1999 zur Einführung des revidierten Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995). Sie gewährleisten, dass die veröffentlichten Daten international voll vergleichbar sind und sind durch europäische Rechtsakte zwingend vorgeschrieben. Die Ziele sind dabei

- neue Konzepte, Definitionen, Klassifikationen und Ähnliches einzuführen;
- neue, bislang nicht verwendete statistische Berechnungsgrundlagen in das Rechensystem einzubauen;
- neue Berechnungsmethoden anzuwenden.

Im Rahmen der VGR-Revision 2005 wurden insbesondere zwei konzeptionelle Neuerungen vorgenommen, die beide Folge verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften sind:

- Die Einführung der Vorjahrespreisbasis an Stelle der bisher üblichen Festpreisbasis bei der Deflationierung (siehe Text 6): Die „realen“ Ergebnisse werden stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres ausgedrückt und nicht mehr in Preisen eines festen Basisjahres (zuletzt in Preisen von 1995).
- Die neugeregelte Verbuchung von Bankdienstleistungen (siehe Text 7), die nun als „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ auf die einzelnen Verwendungszwecke (Vorleistungen, Konsum, Exporte, Importe) aufgeteilt werden.

Diese Konzeptänderungen wurden inzwischen auch für den Zeitraum von 1970 bis 1991 für das frühere Bundesgebiet umgesetzt. Im Ergebnis blieb das gesamtwirtschaftliche Konjunkturbild nach der Überarbeitung weitgehend erhalten: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im Verlauf der letzten dreieinhalb Jahrzehnte immer weiter verlangsamt. Das Bruttoinlandsprodukt für das frühere Bundesgebiet stieg in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9% pro Jahr und im Zeitraum 1980 bis 1991 um durchschnittlich 2,6% pro Jahr. Seit der Wiedervereinigung fiel das durchschnittliche Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich niedriger aus und lag im Schnitt der letzten zehn Jahre nur noch bei 1,5% pro Jahr.

Diese und andere Ergebnisse der Rückrechnung wurden in drei Sonderbänden der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ veröffentlicht: S.27 „Revidierte Vierteljahresergebnisse, 1970 bis 1991“, S.28 „Revidierte saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1, 1970 bis 1991“ sowie S.29 „Revidierte Jahresergebnisse, 1970 bis 1991“. Außerdem ist im September 2006 erstmals die neue Reihe 1.5 „Lange Reihen“ erschienen, die lange Zeitreihen mit Jahresergebnissen für den gesamten Zeitraum 1970 bis 2005 enthält und zukünftig zweimal jährlich, im Februar und im August, erscheinen wird.

Diese und weitere Veröffentlichungen sind online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> kostenfrei erhältlich. Nähere Erläuterungen zur großen VGR-Revision liefern zwei Aufsätze in der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik (Heft 10/2006 und Heft 5/2005) sowie das Informationsangebot zur VGR im Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes.

6. Vorjahrespreise und Verkettung

Im Rahmen der „großen“ Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005 wurde die Preis- und Volumenmessung wesentlich umgestellt: Nach den entsprechenden internationalen Konventionen und verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften erfolgt sie nun auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Die neue Methode hat die vorherige Berechnung in konstanten Preisen (zuletzt in Preisen von 1995) ersetzt. Sie wurde sowohl für die Jahres- als auch für die Quartalsrechnung der VGR eingeführt. Seit die Rückrechnung der Angaben für 1970 bis 1991 im September 2006 fertig gestellt wurde, gilt diese wesentliche methodische Änderung auch für die Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und für lange Zeitreihen.

Was bedeutet der Wechsel von der Festpreisbasis auf die Vorjahrespreisbasis?

Die „realen“ Ergebnisse der VGR werden nicht mehr wie zuvor in Preisen eines – üblicherweise fünfjährlich wechselnden – festen Basisjahres ausgedrückt (zuletzt in Preisen von 1995), sondern stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres (also zum Beispiel Ergebnisse für das Jahr 2006 in Preisen von 2005).

Welche Vorteile hat die Vorjahrespreisbasis gegenüber der Festpreisbasis?

Die Kritik am Konzept der Festpreisbasis bestand vor allem darin, dass die Preisrelationen eines Basisjahres in den Folgejahren immer weniger relevant werden und dass es beim Übergang auf eine neue Festpreisbasis im Rahmen von VGR-Revisionen immer wieder zu einer rückwirkenden Änderung der „realen“ Entwicklung wichtiger VGR-Größen kommen kann. Bei der Vorjahrespreisbasis werden dagegen immer die Preisrelationen eines aktuellen Basisjahres (nämlich des jeweiligen Vorjahres) verwendet. Dadurch werden immer die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsrate (insbesondere des Bruttoinlandsprodukts) genauer und treffsicherer macht.

Wie funktioniert die Methode der Vorjahrespreisbasis und Verkettung?

Rechentechnisch werden bei der Methode der Vorjahrespreisbasis die Wertangaben eines Jahres mit Preisindizes deflationiert, die immer auf den Jahresdurchschnitt des Vorjahres normiert sind. Auf diese Weise erhält man zunächst eine Sequenz von Jahresergebnissen in konstanten Preisen des Vorjahres mit dazu passenden Messzahlen. Durch Verkettung („Chain-linking“) dieser Messzahlen kann für jedes Merkmal dann auch eine vergleichbare lange Zeitreihe ermittelt werden (von so genannten Kettenindizes). Als Indextyp wird entsprechend den europäischen Regelungen wie bisher für die Volumenmessung ein Laspeyres-Index und damit für die implizite Preisermessung ein Paasche-Index verwendet.

Was ist ein Kettenindex?

Ein Kettenindex ist ein spezieller Indextyp, der sich aus der zeitlichen Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes ergibt; diese beziehen sich jeweils auf das Vorjahr und haben damit ein jährlich wechselndes Wägungsschema. Kennzeichnend ist, dass ein beliebiger Zwei-Periodenvergleich (zwischen 0 und t) *indirekt* hergestellt wird, nämlich als Produkt der jährlichen Teilindizes, und nicht direkt, also allein unter Beteiligung von Daten der Perioden 0 und t, wie bei einem direkten Volumen- oder Preisindex. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (zum Beispiel Jahr 2000 = 100), was aber nicht verwechselt werden darf mit dem bisherigen Preisbasisjahr (bei der Festpreisrechnung).

Welche Methode wird für die Berechnung vierteljährlicher Daten verwendet?

Zur Berechnung vierteljährlicher Daten auf Vorjahrespreisbasis wird ein spezielles Rechenverfahren angewandt, das für die Praxis der deutschen VGR am Besten geeignet ist, die so genannte Annual-Overlap-Methode. Bei dieser Methode werden die aktuellen Volumina vereinfachend zum Jahresdurchschnitt der nominalen Werte des Vorjahres in Beziehung gesetzt (Jahreswert/4). Nähere Informationen hierzu finden sich im Informationsangebot zur Revision der VGR im Internet unter <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrrevision.php>

Was ändert sich in den Veröffentlichungen durch die Vorjahrespreisbasis?

Im Mittelpunkt der Darstellung der preisbereinigten Ergebnisse stehen seit der Revision 2005 die Kettenindizes der Volumenangaben sowie die daraus abgeleiteten Veränderungsraten und Wachstumsbeiträge. Die Saldengrößen Außenbeitrag und Vratsveränderungen werden preisbereinigt nur noch in Form von Wachstumsbeiträgen (zum Bruttoinlandsprodukt) dargestellt.

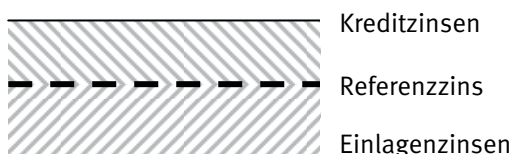
Werden auch weiterhin Absolutwerte zur Verfügung gestellt?

Auf Anfrage (regelmäßige Mailing-Liste, bei Interesse E-Mail an bip-info@destatis.de) werden auch verkettete Absolutwerte (in Milliarden Euro mit Referenzjahr 2000) sowie (unverkettete) Absolutwerte in Vorjahrespreisen in elektronischer Form bereitgestellt. Dabei ist zu beachten, dass die verketteten Absolutwerte nicht additiv sind, also die Summe der verketteten Teilaggregate (zum Beispiel Konsum, Bruttoinvestitionen, Exporte, Importe) vom Wert des verketteten Gesamtaggregate (zum Beispiel des BIP) abweicht.

7. FISIM

Der Produktionswert von Banken im Einlagen- und Kreditgeschäft wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen FISIM genannt und steht für „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Die Schwierigkeit bei der Messung der Bankdienstleistung im Einlagen- und Kreditgeschäft besteht darin, dass den Kunden dafür keine getrennten Dienstleistungsentgelte in Rechnung gestellt werden, sondern diese bereits über die Zinsen abgedeckt sind¹⁾.

FISIM kann deshalb nicht statistisch erfragt, sondern muss modellmäßig berechnet werden. Dies lässt sich schematisch mit folgender Grafik verdeutlichen:



Grundidee ist, dass es einen „reinen“ Zinssatz gibt, der keine Dienstleistungs- und Risikozuschläge enthält. Dieser Referenzzinssatz wird üblicherweise mit dem Interbankenzinssatz gleichgesetzt. Es wird angenommen, dass einerseits Kreditnehmer einen höheren Zinssatz als den Referenzzinssatz in Rechnung gestellt bekommen und andererseits Einleger einen niedrigeren Zinssatz erhalten. Die FISIM wird dann als Unterschied zwischen den tatsächlichen Zinsen und dem Referenzzins gemessen. Kreditnehmer zahlen tatsächlich höhere Zinsen als die Referenzzinsen; dieser Zuschlag kann als Entgelt für die Verwaltung des Kredits interpretiert werden. Dagegen bekommen Einleger tatsächlich weniger als die Referenzzinsen; dieser Abschlag kann als Entgelt für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs angesehen werden. Die Summe der Zuschläge und der Abschläge entspricht dem (impliziten) Bankleistungsentgelt, der FISIM.

Das FISIM-Berechnungsmodell erlaubt außerdem eine Aufteilung nach Verwendungskategorien. Sind die Kreditnehmer bzw. Einleger Konsumenten (wie die meisten privaten Haushalte), erhöht das implizite Dienstleistungsentgelt die Konsumausgaben. Werden sie in den VGR als Produzenten behandelt, geht die FISIM in die Vorleistungen ein (auch beim Staat erhöhen sich die Vorleistungen und – wegen der additiven Berechnung des Produktionswertes – die daraus abgeleiteten Konsumausgaben des Staates). Wenn es sich um grenzüberschreitende Kredit- und Einlagengeschäfte handelt, sind Exporte bzw. Importe betroffen. Sofern FISIM in die Konsumausgaben oder in die Exporte bzw. Importe eingeht, hat dies Einfluss auf das Niveau und den Verlauf des BIP und damit auch auf das Wirtschaftswachstum. Das deutsche BIP erhöht sich durch die FISIM-Aufteilung im Niveau um über 1 Prozent.

Auch in der Verteilungsrechnung hat die FISIM-Neuregelung erhebliche Auswirkungen. Zunächst führt sie bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu einem Niveauanstieg im gleichen Umfang wie beim BIP. Ein weiterer Effekt ergibt sich für die gezeigten „Zinsen“: In diese Größe fließen jetzt Zinsen für Einlagen und Kredite zum Referenzzinssatz und nicht mehr die tatsächlich empfangenen und geleisteten Zinsen ein (außer tatsächliche Wertpapierzinsen). Diese Besonderheit ist bei der Interpretation der Zinsen in den VGR zu beachten.

Hinweis: Die beschriebene FISIM-Aufteilung wurde, aufgrund rechtsverbindlicher Vorgaben der Europäischen Union, mit der großen Revision 2005 in die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingeführt. Davor wurde die so genannte „unterstellte Bankgebühr“ nicht auf die Verwender aufgeteilt, sondern insgesamt als Vorleistung gebucht.

1) Bei anderen Bankgeschäften werden die Leistungen direkt abgerechnet, zum Beispiel über Kontoführungs-, Safegebühren oder Vermittlungsprovisionen.

8. Qualität in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

8.1 Qualitätsmerkmale statistischer Daten

Um die vielfältigen Aspekte der Qualität statistischer Daten zu beschreiben, sind im **Europäischen Statistischen System (ESS)** Qualitätskriterien festgelegt worden, die auch für die deutsche amtliche Statistik gelten. Zusammengefasst handelt es sich bei diesen **Qualitätskriterien** um

- Relevanz;
- Zuverlässigkeit und Genauigkeit;
- Aktualität und Pünktlichkeit;
- Verfügbarkeit und Transparenz;
- Vergleichbarkeit (zeitlich und räumlich);
- Kohärenz.

8.2 Zuverlässigkeit als wichtiges Qualitätsmerkmal

Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die Qualitätskriterien „**Zuverlässigkeit**“ und „**Aktualität**“ von besonderer Bedeutung. Die meisten Nutzer sind an aktuellen Daten interessiert, die möglichst schnell zur Verfügung stehen. Dies betrifft besonders die vierteljährlichen Konjunkturdaten. Andererseits wünschen sie auch zuverlässige Daten: Die zunächst veröffentlichten vorläufigen Daten sollen soweit wie möglich mit den später veröffentlichten „endgültigen“ Ergebnissen übereinstimmen.

Erste Ergebnisse zum vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukt werden in Deutschland 45 Tage nach Ablauf eines Berichtsquartals veröffentlicht. Nach und nach steht dann weiteres statistisches Datenmaterial zur Verfügung, so dass sich die Basis für die Berechnungen sukzessiv verbreitert. Und erst nach rund vier Jahren liegen alle notwendigen Berechnungsgrundlagen vor, so dass die Daten als „endgültig“ angesehen werden können. Damit wird deutlich, dass Aktualität und Zuverlässigkeit in einem **Spannungsverhältnis** zueinander stehen: Eine größere Aktualität ist grundsätzlich nur um den Preis einer verringerten Zuverlässigkeit zu haben.

8.3 Revisionsmaße zur Beurteilung der Zuverlässigkeit

Eine Möglichkeit zur Abschätzung der Zuverlässigkeit von VGR-Angaben besteht in der Analyse von **Revisionsdifferenzen**. Dabei wird die Abweichung zwischen einer ersten Schätzung und dem späteren (endgültigen) Ergebnis untersucht. Mit der Berechnung von Revisionsdifferenzen erhält der Nutzer einen Eindruck darüber, wie hoch der durchschnittliche Korrekturbedarf bei den früheren Schätzungen anzusetzen ist.

Üblich sind die Berechnung der „**Mittleren Revision (MR)**“ und der „**Mittleren absoluten Revision (MAR)**“. Die Mittlere Revision ist das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten mit Berücksichtigung des Vorzeichens. Dagegen ist die Mittlere absolute Revision das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten ohne Berücksichtigung der Vorzeichen. Abgesehen von den minimalen und maximalen Revisionsdifferenzen ist auch die „**Anzahl der Vorzeichenwechsel**“ von Bedeutung. Sie gibt darüber Auskunft, in wie vielen Quartalen die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts von der ersten bis zu einer der folgenden Veröffentlichungen ihr Vorzeichen geändert hat.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über einige Revisionsmaße für das vierteljährliche, preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt.

**Tabelle: Revisionsmaße für die Veränderungsrate des vierteljährlichen preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Deutschland
1. Quartal 2000 – 2. Quartal 2005**

	Erste Veröffentlichung im Vergleich ...				
	zur Veröffentlichung ...				zum zuletzt veröffent- lichten Ergebnis ¹⁾
	ein Quartal	ein Jahr	zwei Jahre	drei Jahre	
	... später				
Beobachtungen	22	19	15	11	22
	Ursprungswerte ²⁾				
Revision					
Arithmetisches Mittel (MR)	– 0,03	0,02	0,02	0,11	0,06
Minimum	– 0,30	– 0,40	– 1,00	– 1,00	– 0,70
Maximum	0,20	0,80	0,90	0,90	1,20
Absolute Revision					
Arithmetisches Mittel (MAR)	0,08	0,16	0,37	0,42	0,45
Maximum	0,30	0,80	1,00	1,00	1,20
Vorzeichenwechsel (Anzahl)	0	0	1	1	2
	Saison- und kalenderbereinigte Werte ³⁾				
Revision					
Arithmetisches Mittel (MR)	– 0,03	– 0,04	– 0,01	– 0,03	– 0,04
Minimum	– 0,30	– 0,40	– 0,50	– 0,60	– 0,60
Maximum	0,10	0,30	0,40	0,50	0,60
Absolute Revision					
Arithmetisches Mittel (MAR)	0,09	0,11	0,13	0,21	0,27
Maximum	0,30	0,40	0,50	0,60	0,60
Vorzeichenwechsel (Anzahl)	0	1	0	2	4

1) Rechenstand: November 2006.

2) Bezugsgröße: Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %-Punkten.

3) Bezugsgröße: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %-Punkten.

Ausführlichere Informationen zu diesem Thema sind den Qualitätsberichten¹⁾ „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)“ und „Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ sowie dem Aufsatz „Qualität und Genauigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“²⁾ zu entnehmen.

1) http://www.destatis.de/download/qualitaetsberichte/qualitaetsbericht_vgr.pdf und http://www.destatis.de/allg/d/veroe/qualitaetsberichte_erwerbstaetigkeit.htm

2) Siehe Braakmann, A. in Allgemeines Statistisches Archiv 87 (2003), S. 183-199.

Unser Service für SIE !

Das Statistische Bundesamt bietet Ihnen zu den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie zum Gesamtgebiet der amtlichen Statistik einen umfassenden Informationsservice.

Internet

Auf der Themenseite „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) informieren wir über Inhalt und Aufbau (z.B. Info-Broschüre „Wichtige Zusammenhänge im Überblick“), aktuelle Themen (z.B. Revision 2005) sowie methodische Erläuterungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie finden auf dieser Seite außerdem Grafiken und vierteljährliche und jährliche Tabellen zur Inlandsproduktsberechnung für ausgewählte Zeiträume sowie Tabellen zur Input-Output-Rechnung. Daneben werden auch Links zur Auskunftsdatenbank GENESIS-Online und zum Statistik-Shop angeboten. Im Statistik-Shop werden neben den einzelnen Reihen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ auch andere Veröffentlichungsreihen des Statistischen Bundesamtes kostenfrei als Download-Produkte angeboten.

Die Unterlagen der vorliegenden Broschüre können sowohl über die VGR-Themenseite als auch über den Pfad „Presse - Pressekonferenzen“ herunter geladen werden.

Persönlicher Informationsservice über Post, Telefon, Telefax und E-Mail

Sie erreichen uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr. Allgemeine Fragen zum Statistischen Bundesamt und seinem Datenangebot beantworten Ihnen die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Informationsservices: Telefon (0611) 75-2405, Telefax (0611) 75-3330, Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt.

Journalisten wenden sich bitte direkt an die Pressestelle unter der Rufnummer (0611) 75-3444, die Faxverbindung lautet (0611) 75-3976 und die E-Mail-Anschrift ist presse@destatis.de. Ihre Anfragen werden von uns schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen sachkundige Gesprächspartner.

Gerne beantworten wir Ihnen individuelle Fragen zu den Inhalten der vorliegenden Broschüre, bitte wenden Sie sich an das VGR-Info-Team, Telefon (0611) 75-2626, E-Mail: bip-info@destatis.de.

Oder schreiben Sie uns:
Statistisches Bundesamt
Gruppe III A
65180 Wiesbaden

Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!